

flutter:

Jetzt reicht's aber

THEMA

Protest

Editorial

Wenn Protest aufkommt, ist Vertrauen verloren gegangen. Proteste sind Akte öffentlicher Kommunikation durch Ungehorsam. Mit der Ruhe öffentlicher Ordnung ist es dann vorbei, die Routinen der Repräsentation werden durchbrochen. Ob der Ungehorsam zivil bleibt oder auch nur bleiben kann, ist eine Frage der konkreten Verhältnisse und Erfahrungen. Protestierende geben jedenfalls ein sichtbares Zeichen ihres gewachsenen Selbstvertrauens und Mutes: Wir sind auch noch da. Und wir wollen etwas.

Wenn es konkret wird, kennt Protest viele Formen, Anlässe, Verläufe. In Europa geht es seit Monaten um die Folgen der sogenannten Finanzkrise, also letztlich um Verteilungsgerechtigkeit angesichts der herrschenden Austeritätspolitik. Die Ausmaße der Jugendarbeitslosigkeit sind zum Teil abgründig. Das massenhafte Signal der Aussichtslosigkeit, das davon ausgeht, rührt an den Kern des Gesellschaftsvertrages. Immer konkreter wird dabei auch die Frage nach der Legitimation des ganzen europäischen Projektes und seines Überlebens gestellt. Der Arabische Frühling begann mit Protesten, die in Revolutionen mündeten. Deren Ausgang ist offen, hier beginnen die politischen Kämpfe erst. Aber schon jetzt bieten sie ein faszinierendes und motivierendes Bild des Freiheitswillens. Auch hier waren es oft Jugendliche, die bereit

waren, um ihre Zukunftsaussichten zu kämpfen. Und die dabei realisierten Taktiken innerhalb sozialer Medien sind beeindruckend.

In China werden in den Protesten der Wanderarbeiter deren brutale Lebensbedingungen zum Thema. Manches trägt Züge der Frühformen des industriellen Kapitalismus in Europa, der auch auf dem Rücken von Millionen Lohnsklaven errichtet wurde. Und es erinnert uns daran, dass die Segnungen der Globalisierung in Form billiger Konsumgüter immer noch ihren bitteren Preis haben.

Ob Protest Erfolg hat? Die Aussichten sind ebenso ungewiss wie seine Formen vielfältig. Am ehesten wenn es gelingt, das Momentum medialen Aufsehens zu verstetigen. Dem kurzen Aufschrei fehlt ja oft ein langer Atem. Wo er aber da ist und sich Protestbewegungen in soziale Bewegungen weiterentwickeln, steigen die Erfolgsaussichten. Dann wird aus Protest Politik. Deutschland hat damit in den letzten Jahrzehnten auch gute Erfahrungen gemacht. Die Pluralität der Protestkulturen trifft sich hier inzwischen mit einer entwickelten Differenzierung in den Antworten der Institutionen. Ob das hält, wenn die nächsten großen Krisen die öffentliche Meinungsbildung aufwühlen, werden wir noch sehen müssen. **Thorsten Schilling**

Wir legen uns quer: Unser Cover zeigt übrigens eine Aktion von Studenten in Amsterdam, die im Sommer gegen Kürzungen im Bildungshaushalt protestierten.



**Nichts
zu klagen**

fluter-Abo gratis
unter www.fluter.de

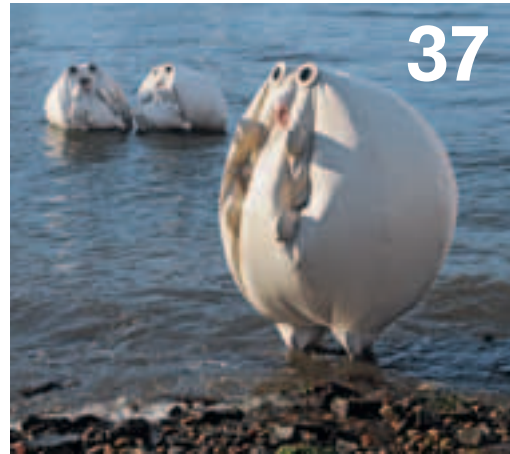
Der Hund „Louk“ war bei vielen Protesten in Griechenland dabei und wurde so eine Art Maskottchen

Inhalt

Pragmatische Rebellen mit Neigung zum Weltverbessern 5 Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann über das Protestpotenzial der deutschen Jugend	
Yes, we camp! 6-11 Ein Blick auf die Aufstände in Europa	
Es hat Klick gemacht 12 Wie das Internet Kampagnen fördert und leichter macht	
Es gibt kein Zurück 15 In China begehren Millionen Wanderarbeiter gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen auf	
Der große Bluff 22 Hinter manchen Demonstrationen stecken Konzerne	



Du sagst es! 26 Das fluter-Schaubild zeigt, was man beim erfolgreichen Protestieren tun und lassen soll	
Die Früchte des Zorns 28 In Kairo bangen die Menschen um den Lohn ihrer Revolution	
Die Ein-Mann-Demo 33 Von einem, der jeden Tag Rabatz macht für seine Sache	



Das könnte euch so gefallen 34 Mit einer Bürgerinitiative kann man eine Menge erreichen	
Von der Kunst, anderen auf den Sack zu gehen 37 Unterwegs mit den Yes Men – den amerikanischen Popstars des Protests	
Der Counter-Jihad 42 Wie aus einem Aufstand gegen den Bau von Moscheen eine rechtspopulistische Bewegung wurde	
Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner singt drüber 45 Die Geschichte des Protestsongs und warum er irgendwie aus der Mode ist	
Klare Botschaft 48 Auch Staaten können protestieren – und zwar so	
Protest, der es nicht ins Heft geschafft hat 49	
Hoi Polloi, Vorschau und Impressum 50	



Pragmatische Rebellen mit Neigung zum Weltverbessern

Dauercamping in Madrid, Straßenkampf in London: Überall in Europa gehen Jugendliche auf die Straße, weil sie sich um ihre Zukunft betrogen fühlen. Kann das auch in Deutschland passieren? Und heißt Jungsein nicht sowieso immer Aufbegehren und Widerstand? Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann gibt Auskunft

Interview: Oliver Gehrs, Ländertexte: Sarah Lotz



Spanien:

Yes, we camp!

Seit Monaten kämpfen Spaniens Jugendliche gegen Perspektivlosigkeit, Korruption und gegen die politischen und wirtschaftlichen Eliten: Über 45% der jungen Leute finden keinen Job, und die Regierung fährt weiter ihren harten Sparkurs. Schon länger brodelt es in Spanien, aber erst mit der Facebookgruppe eines arbeitslosen Juristen wurde der Ärger greifbar. Die Plattform Democracia Real Ya (dt.: Wirkliche Demokratie Jetzt) meldete Demos in mehr als 50 Städten an. Dank Facebook und Twitter gingen bei der Movimiento 15-M (Bewegung des 15. Mai) 130.000 Empörte auf die Straßen. Sie errichteten Protestlager und ließen sich auch von den Gummigeschossen der Polizei nicht abschrecken. Sie brachten weiter Zahnbürsten und Schlafsäcke zu ihren Protestcamps mit: für Arbeit, Bankkontrollen und das Recht auf Wohnung. Als ein Camp in Madrid geräumt wurde, verabredeten sich die Demonstranten kurzerhand zu „Spaziergängen“.



→ Klaus Hurrelmann, 57, ist ein deutscher Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswissenschaftler. Nach langjähriger Tätigkeit an der Universität Bielefeld arbeitet er seit 2009 als Professor of Public Health and Education an der Hertie School of Governance in Berlin. Er gilt als profilierter Jugendforscher.

fluter: In England sind die Proteste in Straßenkrawalle umgeschlagen. Was bleibt denn von der politischen Bewegung übrig, wenn die Häuser brennen?

Klaus Hurrelmann: Leider nicht viel. Dabei handelt es sich ja eindeutig um kriminelle Handlungen, die den legitimen Protest in ein falsches Licht rücken. Und es Politikern, die nichts an den ungerechten Verhältnissen ändern wollen, leider allzu leicht machen, nichts zu tun. Oder nur kriminalistisch zu reagieren, anstatt die Ursachen der Unzufriedenheit anzupacken.

Führt Gewalt nicht aber doch manchmal zum Erfolg von Protest – wie zum Beispiel in Libyen durch die Militäraktionen?

Während es in Tunesien und Ägypten eine relativ demokratische Protestkultur gibt, ist Libyen ein Sonderfall. Dort sind die staatlichen Strukturen eindeutig diktatorischer und totalitärer gewesen. Die Demos wurden von Anfang an mit polizeilicher und militärischer Gewalt zurückgedrängt. Da gibt es dann keine Möglichkeit mehr, auf dem politischen Weg etwas zu erreichen. Die politisch motivierte Strömung muss sich dann militärisch durchsetzen – in diesem Fall mithilfe von außen.

In den sechziger und siebziger Jahren waren die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei auch in Deutschland noch wesentlich härter. Hat der Staat daraus gelernt?

Auf jeden Fall. Man kann das gut am 1. Mai in Berlin beobachten, wo es oft nur noch um Krawall geht, und die Polizei dennoch besonnen reagiert. Wie wichtig es ist, keine Märtyrer zu schaffen, sieht man in England. Dort gab es vor der Randalie ein Polizeiopfer, und dann hat es sich aufgeschaukelt. Es gab eine gewaltige Solidarisierung. Wir haben solche Eskalationen nicht – auch, weil die Polizei weniger rabiat auftritt, flexibler und geschulter mit Demonstranten umgeht. Die Bundesrepublik kann sich beim Umgang mit solchen Problemen sehen lassen.

Spanien, England, Niederlande – in vielen europäischen Ländern geht die Jugend auf die Straße, nur in Deutschland nicht. Ist die junge Generation hier zu brav?

Die Bereitschaft, seine Unzufriedenheit öffentlich zu zeigen und zu protestieren, hängt immer mit dem Leidensdruck zusammen, den man spürt. In

Deutschland gibt es diesen Leidensdruck eher bei den sozial schlecht gestellten Menschen – all jenen ohne Schulabschluss oder Arbeitsplatz. Da sind Menschen drunter, die seit 15 Jahren abgehängt sind und schlichtweg verlernt haben, ihr Elend sichtbar zu machen.

Die leiden eher still vor sich hin, als auf die Straße zu gehen?

Die haben oft nicht mehr die Kraft oder die Fähigkeit, sich politisch auszudrücken. Einige driften vielleicht mal in eine radikale Ecke, ob nun links oder rechts, schließen sich zum Beispiel fremdenfeindlichen Organisationen an. Aber eine für die demokratische Öffentlichkeit oder die Medien sichtbare Protesthaltung gibt es nicht.

Was muss passieren, dass Menschen aufstehen und sagen: so nicht?

Man sieht es ja derzeit in vielen Ländern Europas: Dort, wo sich gerade die jungen Menschen trotz guter Bildung um ihre Zukunft betrogen sehen,

„Diese Jugend hat fast kleinbürgerliche Ideale“

kommt es zu Demonstrationen. Das würde bei uns auch passieren, wenn die wirtschaftliche Krise etwa wie in Spanien die Hochgebildeten trifft. Nehmen wir mal an, von den doppelten Abiturjahrgängen bekommt nicht jeder einen Studienplatz. Oder später werden von den doppelten Studienjahrgängen viele arbeitslos. Dann wird sich auch bei uns der Protest formieren.

Viele haben den Eindruck, dass ihr Schicksal von einem weitgehend entfesselten Bankenwesen abhängt, dass durch Rating-Agenturen ganze Staaten durch bloßes Bewerten in den Ruin gestürzt werden können.

Natürlich hängt alles von der Ökonomie ab. Wenn die wirtschaftliche Krise die Jungen bedroht, kann es auch in Deutschland jederzeit zu Protesten kommen, da sollten wir nicht überrascht sein. Derzeit gibt es noch viele Übergangssysteme – das heißt: Hunderttausende stecken in Weiterbildungs- und Ausbildungsmaßnahmen. Die Arbeitslosigkeit ist auch deswegen nicht so hoch, weil sie durch dieses Übergangssystem teilweise geschönt wird. Aber auch das hat ja einen psychologischen Effekt. Sollten

aber andere Konstellationen entstehen, muss man mit einer entsprechenden Reaktion rechnen.

Es sieht doch aber so aus, als wären viele Jugendliche manchmal zu sehr mit Smartphone und Laptop beschäftigt, als dass sie Probleme wahrnehmen. Anstatt zum Beispiel gegen den Datenmissbrauch im Internet zu demonstrieren, stellen sie ihr Privatleben auf Facebook aus und demonstrieren damit allenfalls Selbstverliebtheit.

Es ist in der Tat auffällig, dass die Sensibilität für den Datenmissbrauch bei der großen Mehrheit fehlt, weil man eben lieber der Faszination des Datenaustauschs erliegt, statt die Probleme zu sehen. Das könnte sich aber ändern, wenn noch deutlicher wird, was die großen Konzerne mit diesen Daten anstellen. Ich denke, da wird sich das Bewusstsein noch deutlich schärfen.

Was macht Sie da so sicher?

Diese Generation kommt ja aus dem Keller des politischen Interesses. Die Shell-Jugendstudie gibt es seit 1953, und so einen Tiefpunkt wie 2002 hat es noch nie gegeben, nicht nur in Deutschland. Seitdem klettern die Werte aber wieder. Vor acht Jahren war nur ein Drittel der Jugendlichen politisch interessiert, heute sind es schon wieder 40 Prozent.

Ist es nicht ein sehr kleiner Teil, der zum Beispiel für universelle Werte auf die Straße geht? Also etwa die Globalisierungskritiker, die zu den G8-Gipfeln reisen?

Schon. Dazu kann man Attac zählen, die Proteste gegen die Castortransporte oder für eine bessere Umwelt. Es sind grundsätzlich die besser Gebildeten, die sich für die großen, existenziellen Themen interessieren. Das war jahrelang die Umweltzerstörung an erster Stelle, das kann schon bald von der Wirtschaft verdrängt werden. Es geht aber auch um Terror, internationale Spannungen oder die weltweite Armut. Die Globalisierung als solche hat hingegen keinen Schrecken für die Jugend, es geht eher um das Thema Gerechtigkeit. Da haben viele das Gefühl, dass das in den Parteien kein Thema ist, und wenden sich anderen Organisationen zu.

Gibt es daher verhältnismäßig viele Nichtwähler? Man sollte doch denken, dass die meisten froh sind, endlich mit 18 ihre Stimme abgeben zu können.

Das ist auch eine Form des Protests. Die sind ja nicht unbedingt politisch desinteressiert, sondern äußerst skeptisch dem politischen Betrieb gegenüber. Das Interesse und Engagement gilt weniger den etablierten Parteien, sondern einem weniger formalen Sektor – den Menschenrechtsbewegungen etwa oder Bürgerinitiativen. Da machen auch viele punktuell bei Demos mit oder engagieren sich online in Foren. Aber wie gesagt: Die Jugend ist derzeit im Großen



und Ganzen zufrieden mit der Situation, solange sie ihre eigenen Aufstiegschancen wahren kann.

Heute haben die Kinder oft Eltern, die gegen alles Mögliche protestiert haben. 68 ging es gegen autoritäre Lehrer und Altnazis, für Geschlechtergleichheit und sexuelle Befreiung. Später für Frieden und gegen Atomkraft. Ist der Protest deswegen ein bisschen unsexy für junge Menschen, weil die großen Schlachten geschlagen sind?

Ich glaube nicht, dass die junge Generation schaut, wie sie sich von den Eltern absetzen kann. Sie nimmt ihren Antrieb aus der eigenen kollektiven Deutung ihrer Chancen.

Dann ist sie doch deutlich lahmer als die eigenen Eltern ...

Sie hat ganz klar recht bürgerliche Werte: Die Jungen von heute wollen in die wichtigen gesellschaftlichen Positionen hinein. Die haben ein bürgerliches, ja fast kleinbürgerliches Ideal. Die wollen später eine Familie und einen Arbeitsplatz.

Das klingt aber sehr angepasst.

Ich würde es eher defensiv nennen, ein bisschen zurückhaltend. Man will halt das schaffen, was die Eltern geschafft haben, und merkt, dass das schwer wird. Das ist nicht unpolitisch, sondern eine realistische Deutung der Ausgangslage, die in sich schlüssig und nachvollziehbar ist. Da lauert das Engagement eher unter der Oberfläche und wird aktiviert, wenn diese Generation merkt, dass ihr die Eltern ihre Chancen für einen sozialen Aufstieg nehmen. Solange sie den Eindruck hat, dass sie nicht untergebuttert wird, hält sie still.

Kann man es vielleicht auch so sagen, dass die Jugend früher kürzer war und die Jugendlichen mehr Power hatten und sie heute angesichts der langen Jugend mit ihren Kräften haushalten müssen?



**Frankreich:
Empört euch!**

Den weltweiten Finanzkapitalismus hat sich die französische Jugend im Mai 2011 vorgeknöpft. 222 Jahre nach dem Sturm auf die Bastille protestierten Tausende Indignés (dt. Empörte) auf dem Place de la Bastille gegen Sozialabbau und die Herrschaft korrupter Eliten. Mit rund 23% Jugendarbeitslosigkeit liegt Frankreich zwar im europäischen Mittelfeld, aber noch hinter Slowenien und Estland. Schon lange bringen brennende Autos in den Banlieues Staatspräsident Sarkozy immer wieder an die Grenzen der Geduld. Dieses Mal gingen auch die gut Ausgebildeten auf die Straße und flashmobbt Paris.





Großbritannien: mit Sekundenkleber gegen Steuersünder

Schon im vergangenen Jahr protestierten Zehntausende Studenten gegen Studiengebühren und Kürzungen im Hochschuletat, warfen Scheiben ein und stürmten die Zentrale der Konservativen Partei in London. Angesichts von rund 20% Jugendarbeitslosigkeit sprachen Beobachter schon damals von einer sozialen Schiefelage im Königreich. Zum Vergleich: In Deutschland lag die Jugendarbeitslosigkeit im August bei 9,6%.

Im Sommer 2011 schließlich kam es zu gewaltsamen Krawallen in London, Birmingham und anderen großen Städten. Dabei wurden Häuser angezündet und Läden geplündert. In Birmingham wurden drei junge Männer, die ihr Viertel vor Übergriffen schützen wollten, überfahren. Das Ausmaß der Brutalität hat dabei die gerechtfertigte Kritik von friedlichen Demonstranten, wie den Aktivisten der Bewegung UK Uncut, an der Kluft zwischen Reich und Arm überschattet. UK Uncut, von zehn jungen Leuten in einem Pub gegründet, hat als Verursacher des gesellschaftlichen Missstands neben den Politikern noch weitere Übeltäter im Auge: Firmen, die sich um Steuern drücken, und Banken, die für schrumpfende Sozialleistungen verantwortlich gemacht werden. Über Facebook und Twitter verabreden sich die Aktivisten, um Filialen von Mobilfunkbetreibern zu besetzen, Krankenstationen vor Bankschaltern zu eröffnen und um sich mit Sekundenkleber an die Fensterscheiben der Geschäfte bekannter Markenartikler zu kleben.



Griechenland: Wir wollen nicht wie Sklaven leben!

Seit Monaten proben die Griechen den Aufstand gegen die Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen der konservativen Regierung. Vor allem die Einschnitte beim öffentlichen Dienst treffen die Jugendlichen hart - schon jetzt ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 38,5% die dritthöchste in Europa. Im Frühsommer 2011 richteten die jungen Leute ihren Zorn auf alles, was sich ihnen in den Weg stellte, und lieferten sich mit der Polizei regelrechte Straßenschlachten: Schwarz ver mummt zogen sie mit Schlagstöcken und Molotow-Cocktails über den Athener Syntagma-Platz, warfen Steine und schlugen Schaufenster ein. Mit Tränengas und Blendgranaten hielt der Staat dagegen. Ende Juni standen sich 20.000 Demonstranten und 5.000 Polizisten gegenüber, am Tag darauf redete Ministerpräsident Papandreou Stellvertreter davon, Panzer einzusetzen. Gespart wird in Griechenland weiter.

Ja, da ist was dran. In dieser langgestreckten Jugendphase weiß man oft gar nicht, ob man wirklich in einen Beruf kommt, ob man wirklich eine Familie hat. Das sind oft 15 Jahre Ungewissheit. Da bleibt einem nichts anderes übrig, als auch einen Schuss Opportunismus und Egotaktik zu entwickeln. Man kann das nicht mit den Studenten von 1968 vergleichen. Die Zeiten heute sind andere, sie sind viel weniger kalkulierbar. Daher sind auch die Menschen heute weniger leicht entflammbar, sondern eher auf Kosten-und-Nutzendenken ausgerichtet.

Wäre es nicht dennoch wünschenswert, wenn den Jugendlichen das Erbe der Studentenbewegung von 68 bewusster wäre? Immerhin ist damals die liberale Gesellschaft erkämpft worden, in der wir heute noch recht kommod leben.

Das ist sicherlich ein Thema, das zum Beispiel in Schulen mehr Beachtung finden sollte. Dennoch darf man nachrückenden Generationen nicht verübeln, dass sie sich nicht ständig darüber bewusst sind, wer für sie die ganzen gesellschaftlichen Krusten aufgebrochen hat. Die Klügeren werden das jederzeit im Kopf haben. Es ist eh so, dass die Jugendlichen gegenüber der älteren Generation und ihrer Leistung sehr positiv eingestellt sind.

Es war doch aber immer auch Wesen eines widerständigen Geistes, dass man sich in der Jugend von den Eltern absetzt.

Man kann nur jedem wünschen, sich diese Widerstandskraft und die Fähigkeit zur Distanzierung zu bewahren. Aber das ist schwer. Das Elternhaus ist heute oft wohlhabend, liberal und lebendig. Das ist nicht mehr das Gefängnis von früher, sondern vielmehr ein interessanter Aufenthaltsort. Da ist es ganz



Griechenland

schön schwer, sich davon zu lösen oder gegen irgendwas zu revoltieren. Eher studiert man die Verhaltensweisen der Eltern, um für das eigene Leben zu lernen: Wie gehen die mit Trennungen um? Wie mit dem Wechsel von Arbeitsplätzen?

Ist die Sehnsucht nach Harmonie größer als die nach Rebellion?

Ja, man sucht einen sicheren Hafen, nach einem festen sozialen Netz. Bei den Eltern scheint so ein schöner Heimathafen zu existieren. Jedenfalls hatten wir seit Langem nicht so eine positive Einschätzung der Eltern und so einen langen Aufenthalt im Elternhaus.

Man sieht immer mehr 50-Jährige auf Demonstrationen - zum Beispiel bei den Demonstrationen gegen Stuttgart 21. Verdrängt der betagte Wutbürger den jungen Rebell?

Da müsste man schon genauer hinsehen, wer da auf der Straße ist. Ich bin sicher, dass prozentual mehr Jugendliche protestieren. Wenn dreihundert 18-Jährige auf die Demo gehen, ist das was anderes, als wenn es dreihundert Rentner sind. Von denen gibt es ja viel mehr.

Die Jugendlichen haben bei den Revolutionen in Nordafrika verstärkt das Internet genutzt. Welche Rolle spielen diese Technologien in Zukunft für den Protest?

Das ist ein Medium, das viele Prozesse beschleunigt. Diese interaktiven Möglichkeiten gestatten neue Formen des Zugriffs auf Informationen, des massenhaften Zusammenkommens und der schnellen Nachrichtenvermittlung. Das wird von jungen Leuten natürlich schlafwandlerisch genutzt. Gleichzeitig gibt es aber auch die ablenkende Komponente.

Sie meinen: Das Internet macht die Schlaunen schlauer und die Dummen dümmer?

Das Internet ist ein Transportmedium, das es leichter macht, wenn man politisch ist. Aber wenn man unpolitisch ist, nutzt es auch nicht. Es kann Proteste verstärken, aber es löst sie nicht aus.

Immerhin ist die Beherrschung solcher Technologie endlich mal was, womit man sich von den Eltern absetzen kann.

Das stimmt. Deswegen wird es ja oft mit Sympathie gesehen, wenn etwa Hacker gegen etwas protestieren, indem sie Internetseiten attackieren. Das ist auch die Freude am Kampf David gegen Goliath.

In den Vororten von Paris haben die Jugendlichen im Jahr 2005 und auch danach Autos angezündet und Barrikaden errichtet. Nun gibt es dort soziale Reformen. Ist das ein Erfolg des gewaltsamen Protests?

Das war eine authentische Form, seine Frustration zum Ausdruck zu bringen. Der Protest bediente sich gewalttätiger Formen, damit fiel er auf. Wir haben aber in Deutschland viel mehr Puffer, die solche Eskalationen auffangen. Es gibt nicht eine derartig hohe Jugendarbeitslosigkeit, nicht so viele abgehängte Migranten. Das ist der Unterschied. In Frankreich ist das eine große Gruppe, und die Politik hat gesehen, dass sie an der nicht vorbeigehen kann.

Was macht eigentlich den Erfolg eines Protests aus? Es geht darum, etwas zur Sprache zu bringen, das einen Nerv trifft, auch andere Gruppen in der Gesellschaft anspricht. Wenn man zum Beispiel gegen die großen Konzerne demonstriert, die ihre Risiken der Gesellschaft aufbürden, ihre Gewinne aber für sich behalten – dann interessiert das ja junge und alte Bürger. Außerdem geht es um Glaubwürdigkeit und Authentizität, beides muss spürbar sein. Und dann kommt es ganz entscheidend darauf an, wie

„Ich halte die Jugendlichen für ansprechbare Weltverbesserer“

lange man das Thema in der öffentlichen Diskussion halten kann. Die Anti-Atomkraft-Bewegung ist ein hervorragendes Beispiel für Langfristigkeit und den damit einhergehenden Erfolg, der ja in diesem Fall bahnbrechend ist. Diese Zähigkeit, immer wieder neue Generationen für das Thema zu gewinnen – das ist der Schlüssel zum Erfolg.

Auf der einen Seite wird man heute mit allen möglichen Freiheiten groß, auf der anderen Seite scheinen die Menschen immer weniger Einfluss auf die Entwicklung der Welt zu haben: Die Schere zwischen Erster und Dritter Welt wird immer größer, die Klimakatastrophe scheint unabwendbar. Schlummert da Protestpotenzial?

Sobald die Jugendlichen ein bisschen nachdenken, werden sie merken, dass ihre Freiheit eine schale Illusion ist. Weil sie auf Kosten anderer Menschen geht. Unser Konsum geht zu oft auf Kosten derer, die nichts haben.

Ist das bewusste Konsumentenverhalten die Zukunft des Protests? Ein Unternehmen trifft es schließlich mehr, wenn seine Waren nicht gekauft werden, als wenn 1000 Menschen mit Plakaten vor der Zentrale stehen.

Das funktioniert aber nur, wenn es nachhaltig un-



terfüttert ist mit einer Grundhaltung oder einer Ideologie. Wir sind Menschen, die sich nicht mehr an der Nase herumführen lassen und gesunde Lebensmittel wollen, faire Preise und Arbeitsbedingungen, Geschlechtergleichheit. Das könnte nach der Anti-AKW-Bewegung das Zeug zu einem großen Thema haben. Und die Jugendlichen sind mit ihrer intuitiven Stimmung Trendsetter und Seismografen der Protestgesellschaft. Auch die Parteien sind gut beraten, sich darum zu kümmern.

Aber sind nicht die Jungen ein Abbild der Alten und deren Widersprüchlichkeit? Grün denken und wählen, aber mit Easyjet durch die Welt jetten und in Kinderarbeit hergestellte Laptops kaufen.

Diesen Widerspruch kann man als Jugendlicher aushalten. Ich denke aber, dass die junge Generation nicht immer damit leben wollen wird. Und dann werden diese Widersprüche bearbeitet, dann kommt es zu Boykottaktionen. Aber es gilt auch: Junge Leute suchen nach einer Verbesserung der Lebensqualität, die wollen im Hier und Jetzt leben, fünf gerade sein lassen, Spaß haben. Auf lange Sicht halte ich sie aber für ansprechbare Weltverbesserer.

Sie sind also optimistisch?

Ich denke, dass wir es mit einer zuweilen erschreckend pragmatischen Generation zu tun haben. Da würde ich mir manchmal mehr politischen Zunder wünschen. Aber wenn es hart auf hart kommt, ist diese Generation da: An der Oberfläche scheinbar unpolitisch, aber auf der Hut, wach und handlungsfähig. Nach kurzer Orientierung kann sie sehr rebellisch sein, wenn sie sich um die Früchte ihrer Ausbildung betrogen sieht. ←

Ist Facebook ein Medium für eine neue politische Jugend?
fluter.de/protest



Portugal: Verlorene Generation kippt Sparprogramme

Auch in Portugal demonstrierten Hunderttausende gegen Jobunsicherheit, prekäre Verhältnisse und die Sparmaßnahmen der Regierung. Mehr als jeder Vierte zwischen 15 und 24 Jahren ist arbeitslos – insgesamt 27,2%. Im März 2011 gründeten vier junge Portugiesen deshalb die Facebook-Gruppe Geração à rasca (Verlorene Generation) und schrieben ein Manifest. Bei der Movimiento 12 de Marzo (Bewegung des 12. März) gingen fast 300.000 Leute auf die Straße. Nach weiteren Protesten zog die konservative Opposition ihre Unterstützung für das Kürzungsprogramm der Regierung zurück. Die Sparpläne wurden daraufhin im Parlament abgelehnt.

Es hat Klick gemacht

Eben mal am Computer eine Petition unterzeichnen oder sich mit einer Mail gegen Missstände engagieren: Kampagnennetzwerke im Internet mobilisieren Millionen

Text: Hadija Haruna, Illustration: Human Empire

→ Wer etwas verändern will, geht ins Internet. So wie Albertus van Butselaar, der sich dort mit Millionen anderen Protestlern in Blogs und auf Mailinglisten die Finger wund tippt. Diskutieren, organisieren, demonstrieren: zum Beispiel gegen Stuttgart 21, Atompolitik oder Walfang – für Klimaschutz oder eine gerechtere Weltpolitik. Die Themen und Angebote sind vielfältig. Auf das Kampagnennetzwerk Avaaz ist Albertus gestoßen, als er über die Abholzung des Regenwaldes recherchierte: „Ihre Idee hat mich sofort angesprochen, da wollte ich mitmachen.“

Avaaz versteht sich als neue, globale Internetbewegung, die Menschen dazu bewegen will, sich politisch einzubringen. „Avaaz“ bedeutet „Stimme“ – in mehreren Sprachen Asiens und Osteuropas. Weltweit erhebt sie sich mit Online-Petitionen, Flashmobs und anderen Aktionen gegen den blutigen Elfenbeinhandel, die Leugnung des Klimawandels und andere Themen, die mit globaler Gerechtigkeit zu tun haben. Die Mission, mit der das Netzwerk 2007 online ging, ist einfach: „Bürgerinnen und Bürger auf der ganzen Welt zu mobilisieren, um gemeinsam die Lücke zwischen der Welt, die wir haben, und der Welt, die wir uns wünschen, zu schließen.“

Cyberaktivisten nutzen E-Mails, Foren, Twitter, Podcasts, Websites oder Wikis, um auf ihre Proteste aufmerksam zu machen. Das verhältnismäßig kleine Team von Avaaz stammt von vier Kontinenten und agiert in 14 Sprachen. Hauptamtliche Mitarbeiter werden aus Spenden finanziert. „Es ist eine neue Protestkultur, bei der orts- und zeitunabhängig Millionen Menschen miteinander agieren“, erklärt Markus Beckedahl, Blogger und Gründer von Netzpolitik.org, die neue Bewegung.

So schaltete Avaaz beispielsweise kurz vor der Kabinettsentscheidung über die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke im September 2010 eine ganzseitige Anzeige im „Spiegel“, in der man Bundeskanzlerin Angela Merkel fragte, ob Deutschland zur Geisel der Atomlobby werden wolle. Laut Avaaz wurde die Anzeige durch Tausende Kleinspenden aus Deutschland finanziert. Über 110.000 Menschen sollen die Petition gegen die Laufzeitverlängerung unterschrieben haben.

Knapp zehn Millionen Aktive hat Avaaz nach eigenen Angaben weltweit – etwa 700.000 in Deutschland. „Die meisten haben wir in Frankreich, Brasilien, Indien und in Deutschland, wo wir durch erfolgreiche Kampagnen bekannt geworden sind“, sagt Kampagnenmacher Pascal Vollenweider. Mitglied wird, wer sich für den Newsletter registriert

oder Petitionen unterstützt hat und weiterleitet. Menschen wie Albertus, der schon an zig Kampagnen mit seiner Unterschrift mitgewirkt hat. Beim ersten Mal spendete er fünf Euro für die weltweite Aktion „Rettet Sakineh“. Es ging darum, die Iranerin Sakineh Mohammadi Ashtiani vor dem Tod durch Steinigung zu bewahren. Tatsächlich wurde das Urteil Anfang des Jahres in eine mehrjährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

„Die Macht des Volkes zeigt ihre Wirkung und wird überall auf der Welt immer deutlicher bemerkbar“, heißt es in einer Mail von Avaaz an die Mitglieder im Juni 2011. Und: dass ihr Erfolg nur möglich sei, weil so viele Mitglieder bei den Kampagnen mit Hoffnung, Energie und Visionen mitmachten und die Nachricht verbreiteten.

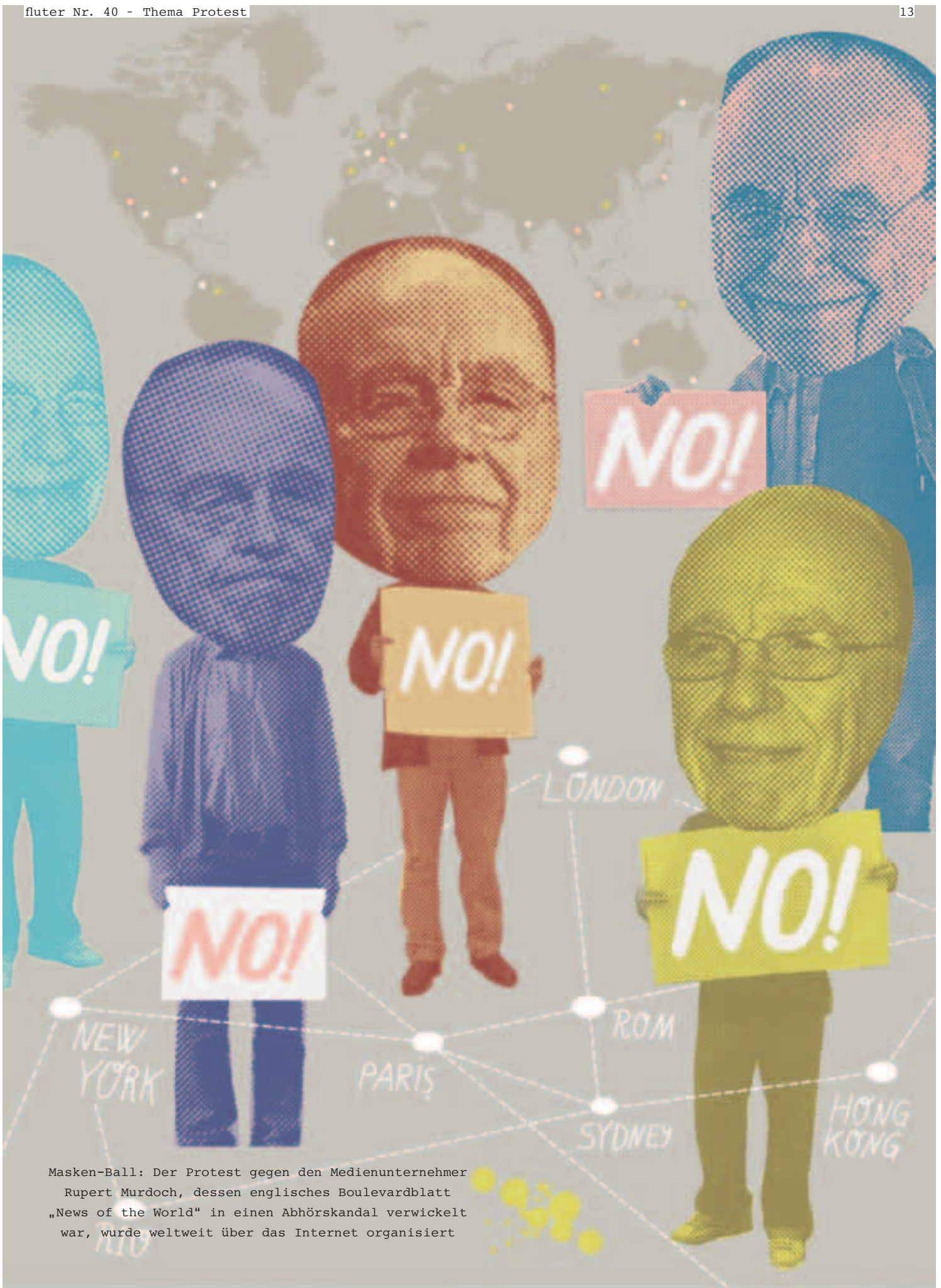
Ein Blick zurück: Bereits in den Anfängen des Mitmach-Internets Web 2.0 Anfang des neuen Jahrtausends stieg die Zahl politisch aktiver Plattformen, die das Ziel hatten, Beteiligung einfach und spannend zu machen und mehr auf die Kommunikation zwischen Bürgern und politischen Akteuren zu setzen.

Einfach nur gegen etwas zu sein, reicht nicht

Auch US-Präsident Barack Obama verdankt seinen Wahlsieg von 2008 zu einem wesentlichen Teil der Internetgemeinde und dem 1998 gegründeten Kampagnennetzwerk MoveOn.org, das später auch Avaaz und Campact in ihrer Arbeit inspirierte.

Campact konzentriert sich auf deutsche Themen. Die feste Basis des aus mittlerweile knapp 500.000 Aktivisten bestehenden, Ende 2004 entstandenen Netzwerks bilden gut 7.700 zahlende Voll- und 12 stimmberechtigte Vereinsmitglieder. Viele der Mitstreiter stammen aus dem Umfeld des globalisierungskritischen Netzwerks Attac. „Campact ist in der deutschen sozialen Bewegung verwurzelt und linksliberal orientiert“, sagt Blogger Beckedahl.

Bei der inhaltlichen Arbeit von Online-Kampagnennetzwerken geht es um Agenda-Setting – also darum, wie ein Thema auf die Tagesordnung gebracht werden kann. Einfach nur gegen etwas zu sein, reicht nicht, um Aufmerksamkeit zu erlangen und geklickt zu werden. Wichtig ist die Botschaft einer Kampagne. Wer zeigt, wie das Handeln des Einzelnen den Status quo verändern kann, animiert Nutzer, sich zu engagieren. „Wir identifizieren den richtigen Moment und müssen eine sinn-



Masken-Ball: Der Protest gegen den Medienunternehmer Rupert Murdoch, dessen englisches Boulevardblatt „News of the World“ in einen Abhörskandal verwickelt war, wurde weltweit über das Internet organisiert

710

volle und attraktive Aktion anbieten, bei der Menschen mitmachen wollen“, sagt Vollenweider von Avaaz. Ein Blogger von Campact, Yves Venedey, ergänzt, dass eine Kampagne Aussicht auf Erfolg versprechen und das Thema skandalisierbar sein müsse. „Außerdem muss in absehbarer Zukunft eine politische Entscheidung anstehen, bei der wir mit unserem Protest einschreiten wollen.“ Dabei sei auch das Layout einer Nachricht wichtig. So brauche es einen kurzen Teaser-Text, und der Link zur Petition dürfe nicht zu weit unten sitzen, weil viele Leser erst gar nicht so weit herunterscrollten. „Außerdem dürfen nicht zu

Jetzt kann man selbst vom Dorf aus Druck machen

viele Kampagnen auf einmal laufen, weil bei zu vielen Mails der Newsletter auch gerne wieder abbestellt wird“, sagt Venedey.

Im Gegensatz zu etablierten Organisationen wie Amnesty International, die das Netz ebenfalls für ihre Aktionen nutzen, bieten Online-Kampagnennetzwerke wie Avaaz oder Campact ein flexibles Rundum-Paket. Sie haben mehr Themen und ein breiteres Spektrum an Aktionen im Angebot. Hinzu kommt, dass man nicht erst schriftlich beitreten muss, sondern von Fall zu Fall aktiv werden kann. Es stellt sich nur die Frage, ob das Engagement der Mitglieder nicht unverbindlich

und sprunghaft bleibt, wenn es kein Oberthema gibt – wie die Umweltpolitik bei Greenpeace oder die Menschenrechte bei Amnesty. Und: Sind Protestler, die sich online beteiligen, zwangsläufig auch Aktive, die auch auf die Straße gehen?

Kritiker sagen, dass die sogenannten Sofa-Demokraten zwar Petitionen unterschreiben, ihre Energie danach aber verpuffe. Doch wie hoch die Bindung einzelner wirklich ist, ist unklar. „Klickaktivisten gab es in anderer Form auch schon früher. Das waren diejenigen, die in der Fußgängerzone Petitionen gegen Tierversuche unterschrieben und zu Hause auch nicht mehr unbedingt daran gedacht haben“, meint Blogger Beckedahl. Der Online-Protest böte jedoch bessere Möglichkeiten, kurzfristige Aktive zu Langzeitaktivisten zu machen und nachhaltig zu wirken. „Und wer früher in seinem Dorf kaum Möglichkeiten hatte, große Aktionen zu organisieren, kann jetzt mit Leuten aus Rostock oder München Aktionen im Netz planen.“

Mit ein paar Klicks die Welt zu verändern ist nicht einfach. Auch, weil eine elektronische Unterschriftenliste allein nicht ausreicht, um Hunger oder undemokratische Regierungen zu bekämpfen. Der Appell muss raus aus dem Netz auf die Straße. Das wissen auch die Macher von Avaaz und Campact. „Das Wichtigste ist die Übergabe einer Petition, um deutlich zu machen, dass die Unterschriften nicht im schwarzen Loch des Internets verschwunden sind“, sagt Venedey. So wurde die Campact-

Petition zum Atomausstieg im Juni 2011 an SPD und Grüne übergeben. Auf diese Art würde Campact Online- und Offline-Kampagnen miteinander verknüpfen und gleichzeitig auf die Kooperation mit anderen Organisationen setzen. „Es geht darum, Bilder für die Medien zu schaffen. Doch müssen wir aufpassen, dass wir dabei nicht zu Statisten auf einem Pressefoto werden“, sagt Venedey. Ihre erfolgreichste Kampagne sei bisher der „Abschalten“-Appell an Bundeskanzlerin Angela Merkel gewesen, bei dem direkt nach dem Unglück von Fukushima zig Demonstrationen und Menschenketten gestartet wurden und die größte Petition von 318.402 Menschen unterschrieben worden sei.

Ob der Online-Protest gegen die wachsende Politikverdrossenheit hilft? „Das Erstarren der Anti-Atom-Bewegung hier in Deutschland wäre ohne Campact nicht denkbar gewesen, weil es über Instrumente zur Massenmobilisierung verfügt“, sagt Blogger Beckedahl, der keine Politik-, sondern eine Parteienverdrossenheit in Deutschland erkennen kann.

Avaaz- und Campact-Mitglied Albertus glaubt, dass durch Online-Kampagnen auch die Menschen aktiv werden könnten, die schon immer den Wunsch gehegt, aber nicht gewusst hätten, wie sie es anstellen sollen. „Und selbst wenn ein Aktivist dabei zu Hause auf seiner Couch sitzen bleibt, denkt er trotzdem darüber nach, für welches Thema er mit seiner Stimme klickt.“ ←



So ging es los: Diese vier Studenten setzten sich in ein Restaurant für Weiße

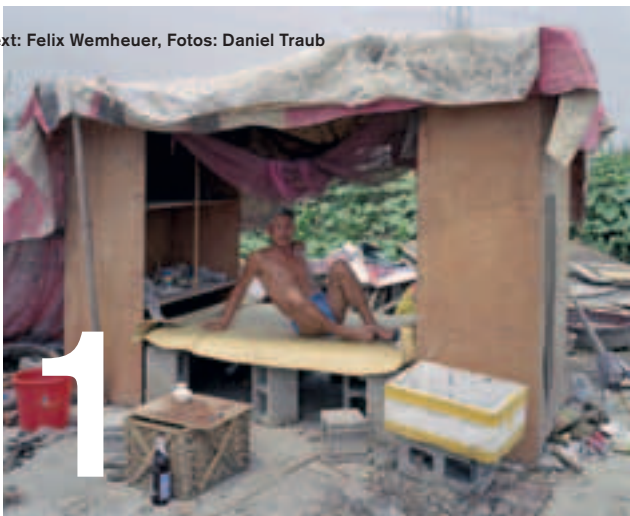
Sit-ins

Der Begriff „Sit-in“ hat nichts mit einem gemütlichen Beisammensein bei Cola und Chips zu tun. Seit den 1960er Jahren bezeichnet er eine Protestform, die Gegner mit viel Sitzfleisch statt mit Gewalt überzeugen soll – damals vor allem im Kampf gegen die Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten. Anstoß war der Protest von vier farbigen Studenten im US-Staat North Carolina, die in einem Fastfood-Restaurant Platz nahmen, das nur Weiße bediente. Dem Beispiel folgten danach immer mehr Schwarze und begründeten damit eine mächtige Bürgerrechtsbewegung.

Es gibt kein Zurück

Stell dir vor, du wärst in China auf dem Land geboren und 18 Jahre alt. Dann würdest du mit großer Wahrscheinlichkeit jetzt in einer Fabrik weit weg von deinem Heimatdorf arbeiten und MP3-Player oder Markenjeans für Jugendliche in Europa produzieren. Und das zehn bis zwölf Stunden an sieben Tagen in der Woche. Das hält kein Mensch aus? Genau deswegen protestieren immer mehr junge Wanderarbeiter in China

Text: Felix Wemheuer, Fotos: Daniel Traub



→ Fast wäre der Vorfall ungeahndet geblieben, in diesem Land mit seinen mehr als 1,3 Milliarden Einwohnern, darunter 150 bis 200 Millionen Bauertöchter und -söhne, die in die Städte ziehen, um dort in den Fabriken zu arbeiten. Die für eine 70-Stunden-Woche nur einen kargen Lohn bekommen, nicht krankenversichert sind und auch kein Recht haben, sich dauerhaft anzusiedeln.

Wen also sollte es schon groß kümmern, wenn eine Frau aus diesem Millionenheer umgebracht wird? So muss wohl der 21-jährige Yao Jiaxin gedacht haben, Student aus der Familie eines pensionierten Vizegenerals, vielversprechender Nachwuchspianist am Musikkonservatorium von Xi'an – und Mörder einer jungen Wanderarbeiterin und Mutter, die er erstach, weil sie nach einem von ihm verursachten Verkehrsunfall sein Nummernschild aufschreiben wollte.

Dass Yao nicht davonkam, war den hitzigen Diskussionen im Internet geschuldet, dem massenhaften Ruf nach der Todesstrafe in den Blogs. Tatsächlich wurde der Student im Juni hingerichtet – auch, weil die chinesische Regierung kein Interesse daran hat, dass die Wanderarbeiter gegen ihre Behandlung demonstrieren, anstatt zu arbeiten.

Zu arbeiten ohne große Sicherheitsbestimmungen.

Ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit.

Am besten rund um die Uhr.

Vor 30 Jahren lebten in der Stadt Shenzhen gerade mal 30.000 Menschen, heute sind es zwölf Millionen, darunter viele Arbeiter vom Land, die hier ihren Lebensunterhalt verdienen. 400.000 sind es allein bei der taiwanesischen Firma Foxconn im Industriekomplex Longhua, einer der größten Fabrikanlagen der Welt. Foxconn produziert für Computerfirmen wie Apple, Hewlett-Packard und

Flucht aus der dörflichen Enge

Dell und machte im vergangenen Jahr Schlagzeilen, als mindestens 16 junge Wanderarbeiter wegen der widrigen Arbeitsbedingungen auf dem Werksgelände Selbstmordversuche unternahmen, von denen zwölf tödlich ausgingen. Die Opfer waren zwischen 18 und 25 Jahre alt. Foxconn und Apple bedauerten die Selbstmorde, wiesen aber gleichzeitig die Verantwortung von sich. Apple-Chef Steve Jobs sagte dem englischen Sender BBC, dass es in Longhua Restaurants, Kinos, Krankenhäuser und Schwimmbäder gäbe, alles zum Wohle der Arbeiter. Doch die entgegneten, dass sie vor lauter Überstunden gar nicht dazu kämen, die Freizeitanlagen zu nutzen.

Dass Millionen Bauernkinder überhaupt bereit sind, trotz schlechter Arbeitsbedingungen in den Fabriken Chinas zu arbeiten, liegt auch an ihrem Wunsch, der dörflichen Enge zu entfliehen und der Tradition: In ländlichen Regionen suchen immer noch viele Eltern die zukünftigen Ehepartner für ihre Kinder aus. Besonders für junge Frauen bietet sich durch die Arbeit in der Stadt die Möglichkeit, eigenes Geld zu verdienen, anstatt in der Familie des Ehemannes nur Hausfrau und Bäuerin zu sein. Viele Wanderarbeiter träumen davon, in der Stadt einen zukünftigen Ehepartner kennenzulernen, den sie wirklich lieben. Es ist auch leichter als zu Hause, mit einem Mann oder einer Frau zusammen zu sein, ohne gleich heiraten zu müssen. Allerdings sind die Löhne trotz leichter Steigerung immer noch viel zu niedrig, um sich



2







3



01 Nur das Nötigste: Wanderarbeiter in einer selbstgebauten Schlafstätte

02 Auf engem Raum: Unterkünfte am Rande einer chinesischen Metropole

03 Selbst in den Wäldern bauen die Arbeiter ihre Hütten

04 Viele der Wanderarbeiter leben in Rohbauten in der Nähe der Fabriken

eine eigene Wohnung zu mieten. 90 Prozent der Wanderarbeiter wollen nicht mehr in die Dörfer zurückgehen, aber nur die wenigsten können sich eine eigene Wohnung in der Stadt leisten. Die große Mehrheit lebt in Wohnheimen auf dem Firmengelände, in denen das soziale Leben 24 Stunden am Tag überwacht wird.

Dass ihnen ein sozialer Aufstieg verwehrt bleibt, hat in China quasi System. Denn eins werden die Millionen Jugendlichen bei ihrer Flucht in die Stadt nicht los: den Makel, Bürger zweiter Klasse zu sein. Das sogenannte Hukou-System teilt die gesamte Bevölkerung in die Kategorien „Agrar“- und „Nicht-Agrar“-Haushalte ein. Wer den ländlichen Hukou-Status hat, besitzt zwar ein Anrecht auf ein Stück Land in seinem Heimatdorf, dafür aber darf er sich als Bauer nicht langfristig in den Städten niederlassen, er bekommt keine Sozialleistungen, und seine Kinder dürfen keine öffentliche Schule kostenlos besuchen. Doch gegen das Schicksal, als Arbeitssklaven zum Aufschwung Chinas zur Wirtschaftsweltmacht beizutragen, erheben sich immer mehr.

Nach Angaben eines Soziologen der Tsinghua-Universität soll es allein im vorigen Jahr in China über Hunderttausend sogenannte Massenzwischenfälle gegeben haben – das sind Demonstrationen, Streiks, kollektive Petitionen, Blockaden von Regierungsgebäuden, Straßen oder öffentlichen Plätzen sowie andere „Störungen der öffentlichen Sicherheit“. Im Sommer letzten Jahres legten die Arbeiter die Produktion in Honda- und Toyotawerken durch Streiks lahm, obwohl streiken in China nicht ungefährlich ist. Immer noch reagiert die Kommunistische Partei mit aller Härte darauf, unabhängige Gewerkschaften gibt es nicht.

Streiks in einzelnen Betrieben werden zwar in der Regel toleriert, versuchen die Arbeiter allerdings auf die Straße zu gehen und sich zu solidarisieren, ist mit Verhaftungen zu rechnen.

Wenn die Wut zu groß wird, kommt es trotzdem zu Aufständen. Wie Anfang Juni 2011 in der südchinesischen Stadt Zengcheng. Die Stadt ist ein Symbol der globalen Arbeitsteilung und der sozialen Hierarchien in China. Etwa ein Drittel aller weltweit produzierten Jeans werden in den 3.000 Fabriken der Stadt von über 140.000 Wanderarbeitern genäht. Die protestierten tagelang gegen staatliche Willkür; Polizeiwagen und Regierungsgebäude brannten. Erst nach der Entsendung von 2.700 sogenannten Anti-Riot-Polizisten konnten die Demonstranten auseinandergetrieben werden.

Die Unruhen in Zengcheng sind kein Einzelfall. Einige Tage zuvor entstand in der Stadt Chaozhou aus einer Demonstration von 200 Wanderarbeitern ein regelrechter Aufstand. Die Proteste entbrannten, weil ein Firmenchef einen Wanderarbeiter und dessen Sohn zusammenschlagen ließ, als die beiden die Auszahlung ihres ausstehenden Lohns verlangten. Der Chef und seine beiden Helfer wurden mittlerweile verhaftet, um weitere Unruhen zu verhindern. In der Stadt Lichuan protestierten rund 1.500 Demonstranten vor einem Regierungsgebäude, nachdem ein Beam-

Ein bisschen mehr Lohn gibt es schon

ter, der Korruptionsfälle untersuchte, am 4. Juni in Polizeigewahrsam gestorben war. Am 10. Juni zündete ein frustrierter Bürger Bomben in einem Regierungsgebäude der Hafenstadt Tianjin. Bereits Anfang des Jahres hat die Regierung ein „Sicherheitspaket“ beschlossen, um die Anti-Riot-Polizei weiter aufzurüsten. Der Kommunistischen Partei Chinas kommen die Unruhen derzeit besonders ungelegen, da sie in diesem Jahr ihr 90-jähriges Bestehen feiert.

Dabei hat es die Regierung mit einer neuen Generation von Wanderarbeitern zu tun, die selbstbewusster ist als ihre Eltern. Viele wollen auf keinen Fall in die Dörfer zurückkehren, die meisten haben nicht mal mehr gelernt, wie man ein Feld bestellt. Sie sind gebildeter als ihre Eltern und haben in der Regel die Mittelschule abgeschlossen. Diese junge bäuerliche Arbeiterklasse fordert Lohnerhöhungen um 30 Prozent und viel mehr Freizeit. Ihr Antrieb ist der Wunsch nach Teilhabe am städtischen Wohlstand.

Der Partei ist klar, dass sie allein mit Repressionen das Land nicht befrieden kann. Ein Think-Tank des Staatsrats warnte jüngst in einer Studie, dass die unzufriedenen Wanderarbeiter zu einer Gefahr für die soziale Stabilität des Landes werden könnten, falls sie in den Städten nicht besser behandelt würden.

Bisher konnte die chinesische Regierung verhindern, dass aus lokalen Protesten eine landesweite Bewegung entsteht. Die Regierung um Präsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao ist relativ geschickt, lokale Funktionäre als Sündenböcke für Probleme hinstellen und sich selbst als Anwalt der kleinen Leute zu inszenieren. Die Abschaffung des Hukou-Systems, das Stadt- und Landbewohner in zwei Klassen teilt, ist allerdings in absehbarer Zukunft wohl nicht geplant. So bleibt den jungen Wanderarbeitern nichts anderes übrig, als weiter für ihre Rechte zu kämpfen. Ein Zurück gibt es nicht. ←



05 Die Dächer der Arbeitersiedlungen werden mit allen möglichen Materialien geflickt

06 An richtige Erholung ist in den Sammelunterkünften nicht zu denken, dabei wäre sie ziemlich vonnöten

Wo leben Blogger weltweit am gefährlichsten? Ein Überblick auf fluter.de/protest

Der große Bluff

Von wegen Graswurzelbewegung: Firmen und Industrieverbände entdecken den Bürgerprotest für sich. Das beste Beispiel ist die Asphaltlobby, die im Namen des Umweltschutzes deutschlandweit Bürgerinitiativen für den Straßenbau vorantreibt

Text: Bernd Kramer

→ Alois Freundl ist froh, dass sie endlich raus sind. Jahrelang bretterten die Laster vor seiner Haustür vorbei, mitten durch den Ortskern des schönen Ebersberg in Oberbayern. Jahrelang hat Freundl, Bäckermeister im Ruhestand, mit seiner Bürgerinitiative dagegen demonstriert - gegen den Durchgangsverkehr und für eine neue Ortsumgehungsstraße. Kommunalpolitiker und Behörden haben sie bearbeitet, Plakate geklebt, die von Gegnern abgerissen wurden. Sie haben einen Laster bemalt mit einem Slogan für das Bauprojekt und durch die Straßen fahren lassen. „Eine lange Geschichte war das“, sagt Freundl, satt und bajuwarisch, ein richtiges „Kasperltheater“. „Sogar Freundschaften sind daran zerbrochen.“ Aber nun ist alles gut: Sechs Kilometer Asphalt führen den Verkehr südlich am Ort vorbei, im Dezember wurde die Straße freigegeben. 24,7 Millionen Euro hat der Bau verschlungen, 10 Millionen mehr als ursprünglich veranschlagt.

Diesen Erfolg, da ist sich Freundl sicher, hätten die Bürger nie errungen ohne die Hilfe von Herrn Wild. Herr Wild von der GSV. Freundl jubelt: „Der war spitze.“ Der habe ihnen erklärt, welche Ämter zuständig sind. Der habe tolle Kontakte gehabt zu den Behörden und auch Briefe für die Bürgerinitiative aufgesetzt, richtig professionell, mit Planfeststellungsverfahren und all den anderen Verwaltungsdingen kennen sich die verkehrsgeplagten Bürger schließlich nicht so aus. Und Geld gab es wohl ebenfalls ein wenig. „Aber da red ma ned drüber.“

Klaus Wild ist der gute Geist vieler Bürgerinitiativen, die sich dem Straßenbau verschrieben haben. Er ist Vorstandsmitglied und bayrischer Landesbeauftragter der Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung (GSV). In ihrer Mitgliederzeitschrift berichtet die GSV von den Erfolgen im Kampf für mehr Asphalt: „Planung für Ortsumgehung Uslar kann beginnen“, heißt es darin. Oder: „Geschafft! Ortsumgehung Mehle im Zuge der B1 freigegeben.“ Ein Bild zeigt Wild neben Bundesverkehrsminister Ramsauer. Auch Artikel über den Artenreichtum an Autobahnböschungen finden sich in dem Heft, dazu Werbeanzeigen für „Verkehrsflächen aus Beton“. Rund 150 Bürgerinitiativen deutschlandweit unterstützt Wilds Gesellschaft. Manchmal gibt sie den Anstoß, damit überhaupt erst welche entstehen: „Wenn ein Bürgermeister, der eine Umgehungsstraße will, zu uns kommt und sagt, dass

seine Briefe nichts fruchten, dann raten wir, dass es vielleicht zweckmäßiger ist, dass der Bürgerwille direkt zum Ausdruck kommt“, sagt Wild.

In einer seltsamen Mission ist Wild da unterwegs: Mehr Umweltschutz durch mehr Straßen. Man muss schon viel Fantasie aufbringen, um diesen Zusammenhang nachvollziehen zu können. Man kann sich aber auch einfach ansehen, wer hinter den Aktivitäten der GSV steht: der Deutsche Asphaltverband zum Beispiel, die Betonmarketing Süd GmbH oder das Straßenbauunternehmen Strabag. Sie alle verdienen am erfolgreich zum Ausdruck gebrachten Bürgerwillen und neuen, teuren Verkehrswegen.

Die GSV ist das beste Beispiel für das, was Kritiker als Graswurzel-Lobbyismus bezeichnen oder auch als Astroturfing, abgeleitet von der bekannten US-Kunstrasen-Marke Astroturf. Industrieunternehmen und Verbände versuchen den unverdächtigen Bürgerprotest für sich zu vereinnahmen. Der Vertrauensvorschuss, den zivilgesellschaftliches Engagement genießt, wird genutzt, um die Geschäftsziele voranzutreiben. „In der Lobbyzene gibt es einen klaren Trend dazu, Mitarbeiter, Kunden oder Bürger für seine Interessen einzusetzen“, sagt Ulrich Müller, geschäftsführender Vorstand der Initiative LobbyControl aus Köln. Der Wutbürger wird Werbeträger für die Industrie. Tatsächlich ist auch der Verband der Automobilindustrie (VDA) Mitglied im Förderverein der GSV und unterstützt so die Bürgerinitiativen für Straßenbau.

Vor allem dort, wo wirklicher Protest ausbleibt, bietet sich der künstliche an. Zum Beispiel für Atomkraft. Vor zwei Jahren kam heraus, dass der Stromerzeuger RWE seine Auszubildenden zur Teilnahme an einer Pro-Atom-Demonstration vor dem Kernkraftwerk Biblis ermutigte - sie bekamen einen Tag arbeitsfrei, wenn sie hinfuhren. Und im Juli demonstrierten Hunderte Menschen vor dem Kanzleramt in Berlin gegen den Atomausstieg

der Bundesregierung. Organisiert wurde der Protest von der Kerntechnischen Gesellschaft, einer „gemeinnützigen Personenvereinigung“, die unter derselben Berliner Anschrift residiert wie der Verein Deutsches Atomforum, dessen Mitglieder vorwiegend der Atomwirtschaft angehören. So entsteht der Eindruck, dass der Atomausstieg in der Bevölkerung umstrittener sei, als er in Wahrheit ist.

Verbindungen zur Kerntechnischen Gesellschaft hat auch der Verein Bürger für Technik, eine Initiative, die fleißig Leserbriefe schreibt und sich nach eigener Darstellung für naturwissenschaftliche und technische Bildung in Deutschland einsetzt. Und nebenbei eben für die Atomkraft.

Ludwig Lindner, der Vorsitzende der Bürger für Technik, fungiert als stellvertretender Sprecher der Fachgruppe „Nutzen der Kerntechnik“ in der Kerntechnischen Gesellschaft. Dass Bürger für Technik eine Tarnorganisation der Atomlobby sei, weist Lindner von sich. Blasphemische Anschuldigungen seien das, schimpft er durchs Telefon. In einem internen Dokument, aus dem die Wochenzeitung „Die Zeit“ vor einigen Jahren zitierte, liest sich das jedoch ganz anders: Bürger für Technik sei aus der Kerntechnischen Gesellschaft hervorgegangen, um den „Wirkungskreis auch neutral zu erweitern“. Spricht man Lindner darauf an, heißt es nur: kein Kommentar.

Auch beim derzeit umstrittensten Bauprojekt Deutschlands in der Stuttgarter Innenstadt gibt es den Verdacht auf gesteuerte Bürgeraufstände. Ein Bündnis namens „Wir sind Stuttgart 21“ verteilt Buttons

Also bitte: Die Böschung an der Autobahn bietet vielen Arten einen Lebensraum

und Aufkleber und organisiert regelmäßig Laufaktionen, um für den Bahnhofsneubau zu werben. Vorsitzender ist Christian List, der eine PR-Agentur betreibt, die unter anderem die Deutsche Bahn als Kunden nennt. Ein Zufall? Die Homepage ist jedenfalls nicht auf List privat, sondern auf den Namen seiner Agentur registriert. Hinzu kommt, dass die Bahn sich bereits einen gewissen Ruf erarbeitet hat,



Sieht aus wie Bürgerprotest, ist aber eine Versammlung von Mitarbeitern eines Energiekonzerns, die frei bekamen, um gegen den Atomausstieg zu protestieren

Fingierte Leserbriefe, Beiträge in Internetforen – es gibt viele Möglichkeiten, Wut vorzutäuschen

was Astroturfing anbetrifft: 2009 deckte LobbyControl auf, dass der Konzern eine Berliner Agentur indirekt damit beauftragt hatte, mit fingierten Leserbriefen und Beiträgen in Internetforen für ein gutes Image zu sorgen. Ein klarer Fall.

Meistens ist jedoch nur schwer zu sagen, was noch eine Graswurzelbewegung ist und wo der Kunst-rasen anfängt. Gibt es einen eindeutigen Auftrag oder nur zufällige Überschneidungen? Wo hören berufliche Verbindungen auf, wo fängt ehrenamtliches Engagement an? Wann wird eine Bürgerinitiative, deren Ziele sich zufällig mit den Geschäftsinteressen decken, bloß unterstützt und wann instrumentalisiert? All diese

Fragen im Ungefähren zu lassen gehört beim Astroturfing dazu. Verschleierung ist Teil der Methode. Und meisterhaft darin sind die Asphaltfans von der GSV.

Wer sich auf der Internetseite über die GSV informieren will, erfährt: wenig. Kaum Bilder, kaum Text und bestechende Unprofessionalität im Design. Die Mitglieder seien „überwiegend Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister und weitere Repräsentanten von Gemeinden, Städten und Landkreisen“ sowie „zahlreiche Bürgeraktionen und Bürgerinitiativen“ steht da. Was man nicht erfährt: Rund drei Viertel des Budgets stammen von einem Förderverein, dem Unternehmen und Verbände angehören und dessen offiziellen Internetauftritt man vergebens sucht. Strabag, der Deutsche Asphaltverband und 3M bestätigen die Mitgliedschaft, wenn man bei ihnen nachfragt. Andere Unternehmen und Verbände schweigen sich aus. Erkundigt man sich bei Klaus Wild nach den Finanziers, wird das Gespräch ungemütlich. Transparenz? Interna seien das. Wer mehr wissen will, solle dem Verein beitreten.

Selbst die Initiativen vor Ort erfahren nicht immer, wer da in welcher Absicht zu ihnen kommt.

Mit Bürgern seiner Heimatstadt Karben, nordöstlich von Frankfurt, kämpft Harald Ruhl seit Jahren für den Bau einer Nordumgehung. Er war froh, als ihm jemand aus der Stadtverwaltung vor Jahren einen Tipp gab: „Da gibt es eine Institution, die fördert solche Initiativen.“

Als die Bürger sich das nächste Mal in der Gaststätte versammelten, kam ein Vertreter der GSV, der seine Unterstützung anbot. Auch von einem kleinen Zuschuss für Werbematerial war die Rede. Ruhl war beeindruckt - bis ein Lokaljournalist wenige Tage später vom zweifelhaften Ruf der GSV erzählte. „Wir haben uns einlullen lassen, weil wir unerfahren waren“, sagt Ruhl. Sofort schrieb er einen Brief an die Mitglieder, die Bürgerinitiative werde nun doch auf die Zusammenarbeit mit der GSV verzichten. „Wir hätten uns doch angreifbar gemacht, wenn wir uns vor den Karren einer Lobbygruppe hätten spannen lassen.“ Auch dem Herrn von der GSV schrieb Ruhl einen Brief, mit der Bitte, ihm zu erklären, was es mit den Verbindungen zur Straßenbauwirtschaft auf sich habe. Eine Antwort kam nie. ←

Hausbesetzung

Als die Hausbesetzer ab 1970 leer stehende Wohnungen in Frankfurt, Berlin oder Hamburg bezogen, setzten sie in jedem Fall ein Zeichen gegen überbezahlte Mieten und die Wohnraumspekulationen der Immobilienbesitzer. Mit Transparenten an den Hausfassaden verbreiteten die Hausbesetzer auch in den Niederlanden, Spanien und den USA ihre politische Botschaft und wurden nicht selten von der Polizei gewaltsam zum Auszug gezwungen. Auch heute noch okkupieren meist junge Leute gesetzeswidrig leere Wohnungen – wie kürzlich in Köln. Dagegen zahlen inzwischen viele einstige Hausbesetzer der alten Schule ganz regulär die Miete oder werden von den Hausbesitzern zumindest geduldet.



Leinen los: Gut zu erkennen sind besetzte Häuser oft an den bunten Bettlaken, die aus dem Fenster hängen



So sieht also Boycott aus

Der Mann war erledigt: Im September des Jahres 1880 brachte der Briefträger dem als Menschenschinder verrufenen Landgutverwalter keine Post mehr, in den Geschäften bekam er auch nichts, seine Wäsche blieb ungewaschen. Wütende Bauern aus dem irischen Ballinrobe, die nach einer schwachen Ernte ihre Pacht nicht zahlen konnten, hatten seine Angestellten dazu überredet, ihren Dienst zu quittieren. Charles Cunningham Boycott fand nicht mal mehr einen Kutscher, der ihn bei seiner Ausreise zum Hafen brachte – dafür steht sein Name bis heute für diese Form der gesellschaftlichen Ächtung.

Was soll das denn jetzt?

→ Demonstratives Zeitunglesen ist im Bundestag ein ebenso probates Mittel wie höhnischer Beifall, um gegnerischen Lagern Missachtung und Widerspruch zu signalisieren. Nicht ganz so subtil die Linkspartei: Während einer Plenarsitzung im vergangenen Jahr zückte sie große Transparente und protestierte damit gegen den umstrittenen Luftangriff bei Kundus. Geht gar nicht, fanden Union, FDP und SPD und stimmten jetzt mehrheitlich dafür, solche Aktionen im Parlament künftig mit einem Ordnungsgeld von bis zu 2.000 Euro zu bestrafen und die Störenfriede bis zu 30 Tage von den Sitzungen auszuschließen. ←



Aussterbende Spezies: Transparente haltende Abgeordnete im Bundestag



Wut-Burger: Ein Lieblingsfeind der Adbusters ist die Fastfood-Kette McDonald's



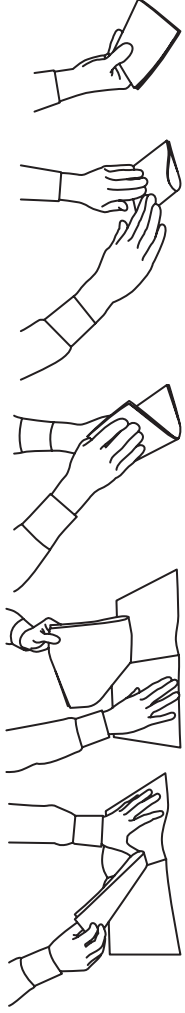
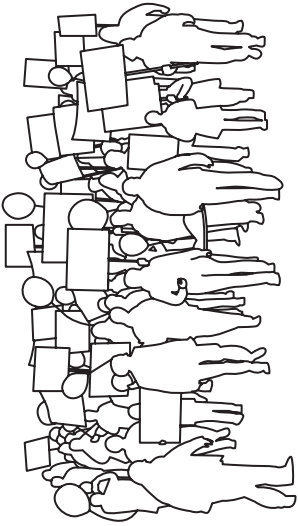
Kampf der visuellen Verschmutzung

→ Solltet ihr mal eine große Werbeleinwand sehen, aus der das Model rausgeschnitten wurde, oder deren Botschaft vor dem Kauf des Produkts warnt – dann waren garantiert die Adbusters am Werk. Der Name setzt sich aus Ad (für das englische Advertising) und bust (für zerschlagen) zusammen. So nennt sich eine konsumkritische Vereinigung, die sich gegen die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch die Reklamebotschaften großer Konzerne stemmt. In ihrem Kampf gegen den Konsumterror und sexistische Billboards lassen sich die Werbe-Guerilleros einiges einfallen: Neben dem Raussschneiden der Models gehört auch das Verfremden der Markenlogos und der Werbebotschaften dazu. Die Adbusters bezeichnen die Werbung pauschal als „visuelle Verschmutzung“. Kritiker hingegen wenden ein, dass sie den Konzernen nur noch mehr Aufmerksamkeit bescheren. Es gibt sogar eine eigene Zeitschrift – natürlich voll mit getürkter Werbung. ←

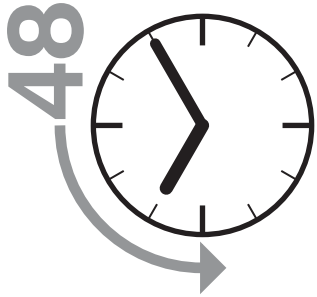
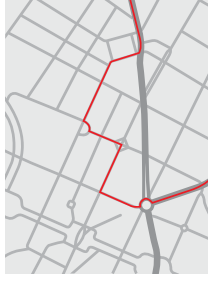
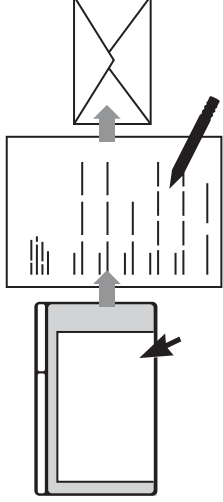
Du sagst es!

Dieses Schaubild zeigt, was erlaubt ist und was man besser lassen sollte, wenn der Protest erfolgreich sein soll

WIE MAN EINE DEMO ANMELDET

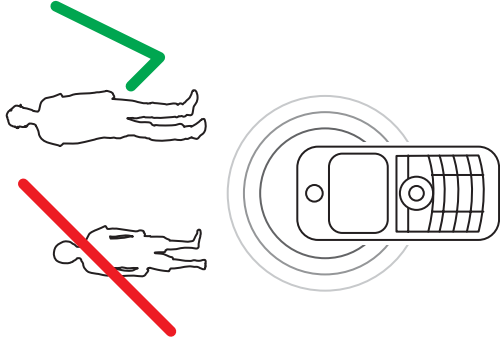
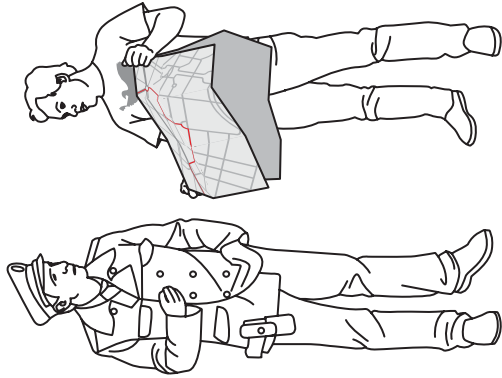


Diese Seite vorsichtig aus der Hefmitte herausnehmen, dreimal falten und auf jeder Demo dabei haben



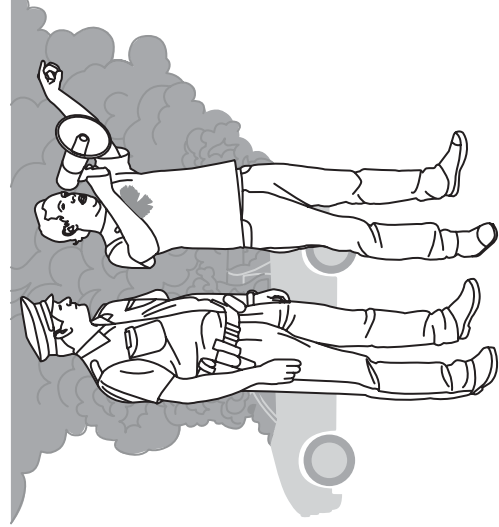
Nach dem Grundgesetz haben alle Deutschen das Recht, sich friedlich zu versammeln.

Findet eine Versammlung nicht in geschlossenen Räumen, sondern unter freiem Himmel statt, muss sie in der Regel 48 Stunden vor ihrer Bekanntgabe beim Ordnungsamt oder der Polizei angemeldet werden.



Und das geht so: Manche Ordnungsämter und manche Polizeibehörden bieten geeignete Vor- drucke auf ihren Seiten im Internet oder auf dem Amt an. Schickt das Formular ausgefüllt per Post oder Fax an die dort angegebene Versammlungs- behörde, oder geht mit eurem Personalausweis direkt zur nächsten Polizeiwache.

Bei einer Anmeldung müssen in jedem Fall ein Versammlungsleiter, das Thema der Versammlung genauso wie die Wegstrecke des Aufzugs (bzw. bei einer Kundgebung der Versammlungsort) und Datum und Dauer angemeldet werden.



Unter bestimmten Umständen ist es auch möglich Spontandemonstrationen zu veranstalten, die nicht angemeldet werden müssen. Allerdings müssen sie auch wirklich spontan sein, also aus einem aktuellen Anlass augenblicklich entstehen.



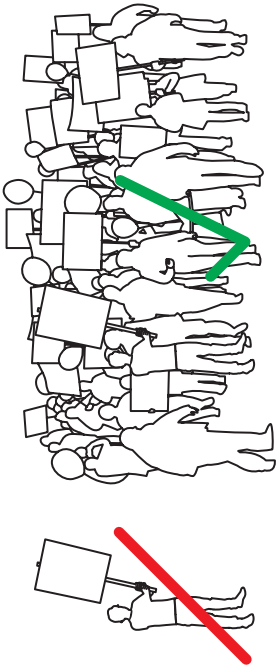
Unter Umständen kann die Polizei eine andere Weg- strecke fordern und die Durchführung der Versammlung von Auflagen abhängig machen.

Der Versammlungsleiter sollte mindestens 18 Jahre alt und während der Versammlung über ein Mobiltelefon erreichbar sein.

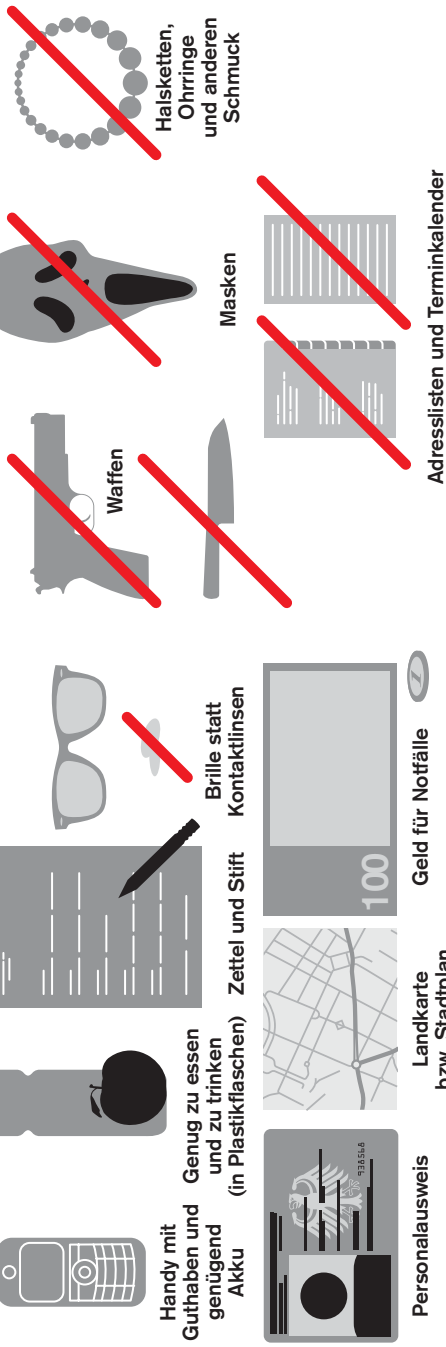
Laut Gesetz hat er dafür zu sorgen, dass die Demonstration ordnungsgemäß verläuft. Ist er dazu zu einem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage, muss er die Versammlung auflösen.

Es ist ratsam, sich vor der Durchführung einer Demonstration noch mit einem Anwalt zu beraten.

DAS BRAUCHST DU AUF EINER DEMO



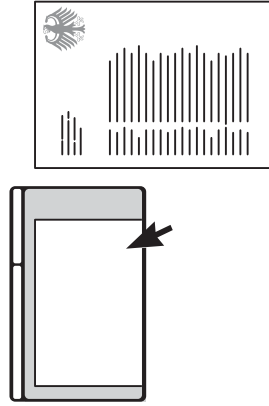
Je mehr Leute an der Demo teilnehmen, desto größer sind die Erfolgsaussichten



Adresslisten und Terminkalender

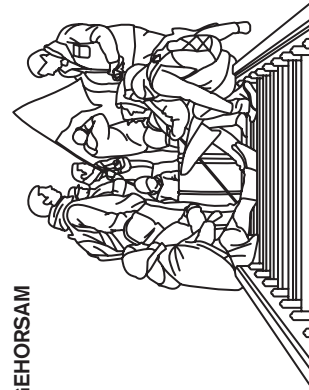
Nicht mitnehmen solltest du

(E-)PETITIONEN

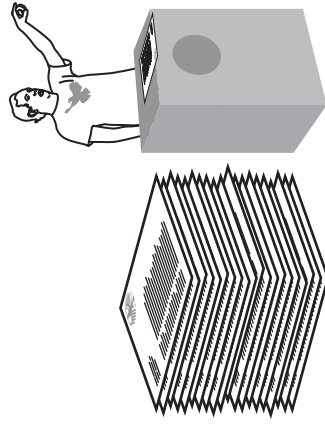


Die gute alte Unterschriftenliste gibt es heutzutage auch im Internet. Über das Online-Portal des Bundestags unter petitionen.bundestag.de kannst du Anliegen oder Beschwerden selbst formulieren und mitunterzeichnen. Jede dieser Petitionen wird vom Petitionsausschuss des Bundestags geprüft.

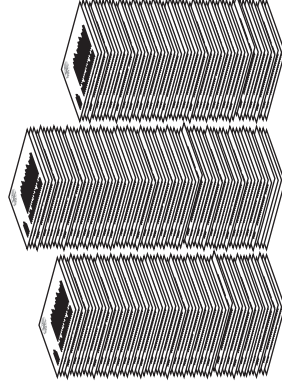
ZIVILER UNGEHORSAM



Als zivilen Ungehorsam bezeichnet man die Übertretung bestimmter Rechtsnormen, um gegen ein bestehendes Unrecht zu protestieren. Ein Beispiel für zivilen Ungehorsam sind Sitzblockaden gegen die Castor-Transporte nach Gorleben, die regelmäßig die mit Atom Müll beladenen Züge für Stunden oder sogar Tage aufhalten.

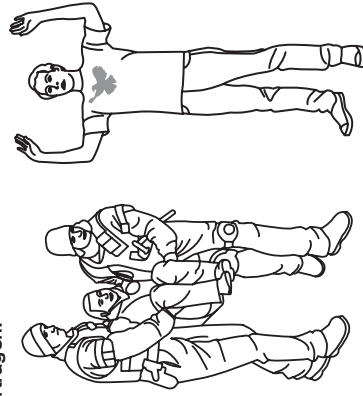


Mitnehmen solltest du auf jeden Fall

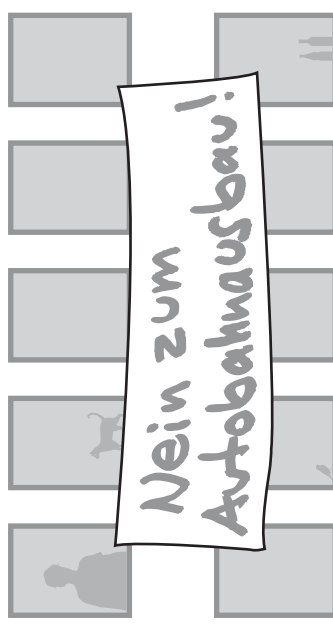


Im vergangenen Jahr erreichten den Bundestag rund 17.000 Petitionen.

Auch die Landesparlamente sowie manche Kommunalparlamente und die EU bieten die Möglichkeit, Petitionen einzureichen.



Ist Blockieren verboten? Ziviler Ungehorsam selbst ist nicht verboten. Allerdings kann der Verstoß gegen bestimmte Gesetze im Zuge des Protests bestraft werden. Bei Sitzblockaden also unter Umständen wegen Nötigung oder gefährlichem Eingreifen in den Schienen- oder Straßenverkehr. Größere Chancen auf einen Freispruch hat man, wenn man gewaltlos vorgeht und Polizisten keinen körperlichen Widerstand leistet.



Darf ich ein Protestplakat auf meinem Balkon anbringen? Grundsätzlich ist das zwar erlaubt. Aber Gerichte haben entschieden, dass wegen „Störung des Hausfriedens“ das Plakat abgenommen werden muss. „Wildes Plakatieren“ in der Stadt ist in verschiedenen Teilen Deutschlands unterschiedlich geregelt. Wer auf Nummer sicher gehen möchte, sollte vor dem Plakatieren beim Ordnungsamt nachfragen.

Die Früchte des Zorns





Feier mit und ohne Schleier: Am 29. Juli trafen sich nach dem Freitagsgebet erst die radikalen Salafisten auf dem Tahrir-Platz, später die liberaleren Demonstranten und lauschten dem Revolutionsbarden Ramy Essam

Im Winter trieben die Massen in Ägypten den Staatschef Hosni Mubarak aus dem Amt. Doch dem Reformeifer der neuen Militärregierung trauen sie nicht. Auch über Facebook machen vor allem jugendliche Aktivisten mobil, damit ihnen die Erträge der Revolution nicht durch die Fingerringen. Bericht aus einem aufgebrachten Land

Text: Julia Gerlach

→ Es ist kurz vor Mitternacht auf dem Tahrir-Platz im Zentrum von Kairo, als die Band auf der Bühne die Zeile „In allen Straßen meines Landes!“ singt, und das Publikum begeistert einsteigt. Dieser Hit der Revolution handelt davon, wie sich ein ganzes Land zusammenschließt und gegen den Diktator erhebt – so wie im Januar und Februar 2011, als Hunderttausende den Staatschef Hosni Mubarak aus dem Amt jagten. Als so viele Menschen auf die Straße gingen, dass es dem Militär vernünftiger erschien, nicht zum Staatschef zu halten, sondern zu den Menschen. Der Hohe Rat des Militärs, ein Gremium von Generälen, regiert seitdem das Land.

Damals war alles noch einfach: Es gab einen verhassten Politiker, es gab die Wut, den Zusammenhalt und schließlich die Erlösung durch den Rücktritt. Doch nach einem kurzen Abschwächen kam die Wut wieder und die Angst, dass die Revolution doch nicht stattfindet, obwohl es doch so aussah.

Daher blieb der Tahrir-Platz der Treffpunkt besorgter, aber auch hoffnungsvoller Menschen – Aktivisten, die dort zelten, politische Reden hielten und Tee tranken. Eine riesige, bunte Mischung: westlich gekleidete Jugendliche neben Mädchen in Burka, die die ägyptische Fahne schwenken und die Finger zum Victory-Zeichen spreizen. Doch welche Idee in Ägypten letztlich siegen wird, ist unklarer denn je. Neben den friedlichen Demonstranten, die sich einfach mehr Demokratie wünschen, gibt es inzwi-

schen auch radikalere Töne. Ende Juli demonstrierten erstmals Hunderttausende Salafisten, die einen islamischen Gottesstaat errichten wollen.

Die Zeit der Unwissenheit hält also an – das weiß auch Ahmed Raheer, einer der Gründer der Jugendbewegung des „6. April“, die bereits 2008 entstand, als mehrere Jugendliche über Facebook einen Streikaufruf der Industriearbeiter unterstützten. Bei einer Demonstration in der Industriestadt Mahalla wurde erstmals am 6. April 2008 ein Präsidentenporträt zerfetzt. Viele Male wurde ein Foto davon im Web gepostet, und nach und nach wuchs die Bewegung. Im Internet und auch auf der Straße: „Wir haben mit Demoformen experimentiert und viele kleine spontane Aktionen in Armenvierteln gemacht. Zu irgendeinem Thema, zum Beispiel zu den Lebensmittelpreisen. Bevor die Polizei kam, haben wir die Demo aufgelöst“, erzählt Maher beim Tee. Der 30-Jährige mit dem rasierten Kopf hat mit dafür gesorgt, dass es vor der Revolution fast jeden Tag Aktionen gab, mit denen die Bürger auf den Umsturz eingestimmt wurden.

Unterstützung bekamen diese frühen ägyptischen Aktivisten aus dem Ausland. Einige der revoltierenden Jugendlichen wurden 2009 in Belgrad von den Aktivis-

Zur Nachhilfe in Sachen Protest nach Serbien

ten der Organisation Otpor geschult, die nicht nur wesentlich am Sturz des serbischen Gewaltherrschers Slobodan Milosevic beteiligt waren, sondern erst in Osteuropa und mittlerweile weltweit Oppositionsgruppen unterstützt. Bei den serbischen Revolutionsprofis mit der geballten Faust als Logo lernten die Ägypter die Prinzipien des gewaltfreien Kampfes, der ein draufknüppelndes Regime oft umso hilfloser aussehen lässt und mehr Sympathien einbringt als randalierende Demonstranten.

Weil aber die Reisekosten für die lernwilligen Revolutionäre damals von der US-Regierung bezahlt wurden, so Maher, sieht sich die Oppositionsbewegung bis heute Vorwürfen ausgesetzt, dass sie im Auftrag ausländischer Mächte handle – schließlich sind die USA bei vielen Ägyptern genauso verhasst wie in den anderen Staaten der arabischen Welt. „Es gibt eine Kampagne

gegen uns; weil wir so einflussreich sind, versuchen sie, uns als Agenten des Auslands zu diskreditieren“, sagt Amal Sharaf. Die 36-jährige alleinerziehende Mutter und Englischlehrerin gehört zu den Gründerinnen der Bewegung „6. April“ und ist mit für die Betreuung der angeblich inzwischen 20.000 Mitglieder zuständig.

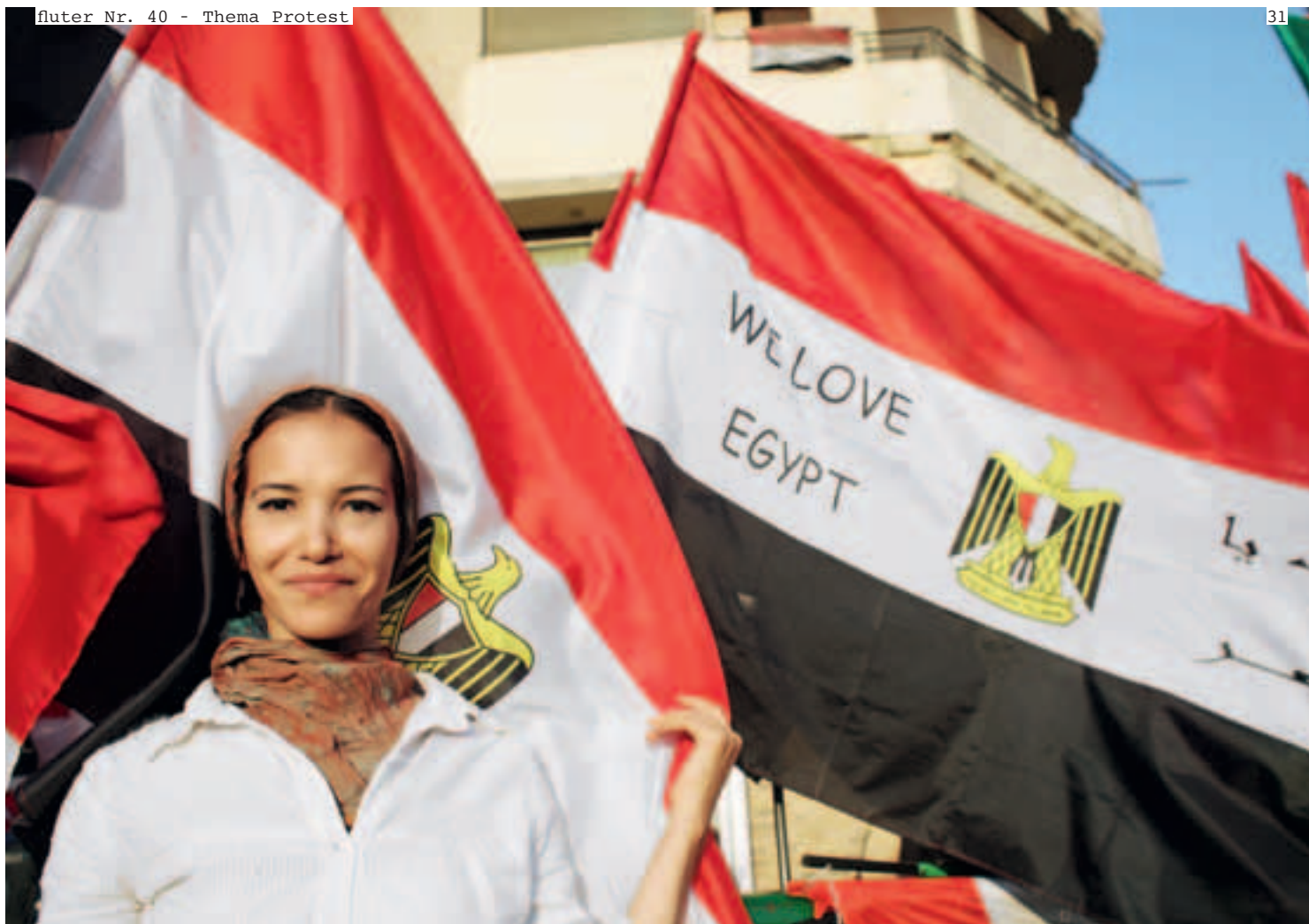
Der Protest der Aktivisten wuchs rasant, und es waren weniger die Aktionen auf der Straße als die im Internet, die zum Erfolg führten: „Facebook hat für uns die entscheidende Rolle gespielt“, sagt Samah Farouk. Die 30-Jährige ist Karikaturistin und schickt ihren 1.500 Facebook-Freunden schon seit mehr als zwei Jahren täglich eine bitterböse Zeichnung als politisches Statement zu, das durch das Weiterposten zuweilen mehr Menschen erreicht als so manche Tageszeitung in Ägypten.

Für Samah gehören die beiden Protestebenen zusammen: Im Internet werden massenweise Menschen für die Aktionen auf der Straße mobilisiert, hier tauschen die Aktivisten ihre Meinungen und Erfahrungen aus, geben sie Tipps und sprechen Warnungen aus. Hier wird auch debattiert, welche Forderungen gestellt werden. „Unsere eigentliche Macht besteht darin, dass wir die Menschen auf die Straße bringen können“, sagt Samah.

Doch genau daran hat es in den vergangenen Monaten schon mal gehapert. Zwar



„Das ist noch keine Revolution, wir haben noch viel vor uns“, sagt Waled Rashed, der immer noch regelmäßig an den Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz teilnimmt



Patriotismus für die Freiheit: Viele Mitglieder der Protestbewegung haben Angst davor, als Agenten des Auslands verunglimpft zu werden

wurde Freitag für Freitag demonstriert, aber es waren selten mehr als ein paar Zehntausend Teilnehmer. Bedeutet das, dass auf Facebook doch nur die Mitglieder eines kleinen elitären, gebildeten Zirkels miteinander sprechen? Immerhin beträgt die Analphabetenrate in Ägypten rund 30 Prozent. „Eine Elite hat darüber diskutiert,

Die neue Regierung hat ein paar Dinge geändert – aber das reicht nicht

ob wir erst die Wahlen machen sollen oder erst die Verfassung schreiben. Dabei haben wir die armen und ungebildeten Massen verloren“, merkt Samah selbstkritisch an.

Dabei sei es nun „besonders wichtig, dass wir den Druck aufrecht erhalten, damit wir unser Ziel erreichen. Noch haben wir kaum etwas erreicht“, sagt Waled Rashed, ein anderes Mitglied der Bewegung,

und verfolgt auf seinem Blackberry die nebenbei einlaufenden Twittermeldungen. Seitdem die Aktivisten den Tahrir-Platz wieder besetzt haben, passiert in Kairo viel und alles gleichzeitig. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass es sich bei der Revolution am Nil um ein Missverständnis handelt. Die Militärführung, die am 11. Februar nach dem Sturz von Langzeitpräsident Hosni Mubarak die Regierung übernommen hat, versteht unter Revolution etwas ganz anderes als Waled und die anderen Revolutionäre. Die Generäle haben offenbar die Macht in der Absicht übernommen, die Regierung auszutauschen und sonst alles weitgehend beim Alten zu belassen.

Allerdings nahmen sie einige Korrekturen vor: So ließen sie besonders korrupte Politiker und Geschäftsleute verhaften. Auch wurde die Verfassung geändert, so dass nun auch parteilose Politiker für das Präsidentenamt antreten können. Doch der Eindruck, dass sie es dabei belassen

wollen, verbreitet sich. Sie sprechen von Revolution, so der Vorwurf, meinen aber eigentlich Regierungswechsel.

Kein Wunder, dass der Tahrir-Platz wieder besetzt ist: „Das ist noch keine Revolution, wir haben noch viel vor uns“, sagt Waled Rashed. „Deswegen sind wir wieder auf dem Platz, und diesmal werden wir erst gehen, wenn wir alles erreicht haben.“ Doch was ist alles? „Wir wollen einen Mentalitätswandel in der Gesellschaft: Wir wollen, dass sich die Ägypter nicht mehr als Eigentum der Herrschenden fühlen, und dass sie sich trauen, ihre Rechte einzufordern, und wir wollen, dass die Regierenden endlich kapieren, dass sie das Volk respektieren müssen.“ Aber selbst Waled glaubt nicht daran, dass er so lange auf dem Tahrir-Platz kampieren wird, bis der Wandel bei allen 82 Millionen Ägyptern angekommen ist.

Daher konzentrieren sich die Demonstranten nun auf leichter zu erreichende Ziele. In langen Diskussionen haben sie

sich auf folgende Punkte geeinigt: Sie fordern die Verurteilung der Polizisten, die während der Revolution im Januar und Februar Demonstranten getötet haben. Auch sollen Zivilisten nicht mehr vors Militärgericht gestellt werden. Eine weitere Forderung ist die Einführung eines angemessenen Mindestlohnes sowie eines Maximallohns. Auch, dass dem vertriebenen Präsidenten Mubarak der Prozess gemacht wird, war ein zentrales Anliegen. Tatsächlich begann das Gerichtsverfahren am 3. August. Die Staatsanwaltschaft wirft Mubarak Amtsmissbrauch vor und Mittäterschaft am Mord an 800 Demonstranten. Viele der Protestierenden machen keinen Hehl daraus, welches Urteil sie für Mubarak erwarten: Sie tragen in diesen Tagen statt eines Transparents eine Henkerschlinge in der Hand.

Für die Militärs ist der Prozess heikel, weil in einem solchen Verfahren fast zwangsläufig auch Korruptionsvorwürfe gegen das Militär laut würden; die Armee kontrolliert in Ägypten Schätzungen zufolge immerhin rund 20 Prozent der Wirtschaft. Die Demonstranten werfen der Armee denn auch vor, den Prozess zu verschleppen, und immer lauter wird der Ruf, auch die neue Militärregierung zu stürzen. Diese Forderung steht aber nicht offiziell auf der Liste – zu groß ist die Sorge vieler Aktivisten: Wie werden die Generäle reagieren, wenn sie sich bedroht fühlen? „Ich halte es nicht für richtig, die Militärregierung abzusetzen. Sie hat den Job übernommen, die Revolution zu schützen und

unsere Forderungen umzusetzen. Wir erinnern sie daran, und machen Druck, dass sie ihre Aufgabe erfüllt“, sagt Waled Rashed.

Dass die Menschen das Handeln der Politik nicht mehr einfach hinnehmen, zeigt auch ein anderes Ereignis in diesem aufregenden Sommer. Nachdem mehrere Polizisten vom Vorwurf der vorsätzlichen Tötung von Demonstranten freigesprochen worden waren, trieb die Empörung über das Urteil die Menschen in Suez und Kairo auf die Straße. Die Aktivisten vom „6. April“ reagierten auf das Urteil, indem sie ihre Forderungen umformulierten: Statt der Verfassungsdiskussion rückte die strafrechtliche Verfolgung des alten Regimes und seiner Handlanger ganz nach oben auf die Liste, und am 8. Juli war der Tahrir-Platz so voll wie selten. Mit Erfolg: Die Regierung machte angesichts der versammelten Masse Zugeständnisse: 669 ranghohe Polizisten wurden entlassen, das Kabinett umgebildet.

Nach und nach versammeln sich auch an diesem Abend rund um die Blumenkübel am Rande des Tahrir-Platzes die Aktivisten des „6. April“. Seit fast neun Monaten halten die Proteste nun an, und allen ist klar, dass es um mehr geht als um die Prozesse gegen Mubarak und die korrupten Funktionäre. Es geht darum, dass die Revolution dauerhaft zu mehr Demokratie im Land führt, dass sich nicht wieder eine Clique von Machthabern aufschwingt, das Volk zu betrügen. Es geht darum, die Früchte des Zorns zu ernten. ←

Der „Arabische Frühling“

Tunesien

Der erste einer ganzen Reihe von Protesten in Nordafrika brach im Dezember 2010 in Tunesien aus. Nach der Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers (siehe Seite 44) gingen die Menschen auf die Straße, um gegen steigende Lebensmittelpreise, hohe Energiekosten und korrupte Politiker zu demonstrieren. Die „Jasmin-Revolution“ genannte Erhebung führte schließlich zur Absetzung und Flucht des Machthabers Ben Ali. Momentan regiert in Tunesien eine Übergangsregierung unter Einbeziehung der früheren Opposition.

Marokko

In der konstitutionellen Monarchie demonstrierten am 20. Februar 2011, dem „Tag der Würde“, Tausende für politische Reformen und mehr Demokratie. König Muhammad VI. kündigte daraufhin Reformen an. Im Oktober finden vorgezogene Parlamentswahlen statt.

Jemen

Der seit über 30 Jahren regierende Ali Abdullah Salih wird von vielen Jemeniten für die Armut im Land verantwortlich gemacht. Auslöser von Protesten war auch Salih's Plan, sich auf Lebenszeit zum Präsidenten zu ernennen. Seit Monaten kommt es vor allem in den Städten Aden und Sanaa immer wieder zu Protesten, die oft gewaltsam niedergeschlagen werden.

Hungerstreik

Der Hungerstreik ist eine der radikalsten Formen des politischen Widerstands, bei der die Protestierenden das Essen verweigern und in der Folge immer schwächer werden. Die Nahrungsverweigerung kann nach circa einem Monat tödliche Folgen haben. In der Vergangenheit wurden hungerstreikende Häftlinge (zum Beispiel in Guantánamo) daher oft zwangsernährt, wofür eine Sonde durch den Mund in den Magen geführt wird, um Nährstoffe zuzuführen. 1993 traten im Ort Bischofferode mehrere Hundert Bergmänner in den Hungerstreik, weil ihre Kali-Grube geschlossen werden sollte. Auch Mahatma Gandhi verweigerte einst mehrfach wochenlang die Nahrung, um einen Bürgerkrieg abzuwenden. Mit Erfolg.



Peace! Auch Gandhi verweigerte öfter die Nahrungsaufnahme - im Namen des Friedens

Die Früchte des Zorns





Feier mit und ohne Schleier: Am 29. Juli trafen sich nach dem Freitagsgebet erst die radikalen Salafisten auf dem Tahrir-Platz, später die liberaleren Demonstranten und lauschten dem Revolutionsbarden Ramy Essam

Im Winter trieben die Massen in Ägypten den Staatschef Hosni Mubarak aus dem Amt. Doch dem Reformeifer der neuen Militärregierung trauen sie nicht. Auch über Facebook machen vor allem jugendliche Aktivisten mobil, damit ihnen die Erträge der Revolution nicht durch die Fingerringen. Bericht aus einem aufgebrachten Land

Text: Julia Gerlach

→ Es ist kurz vor Mitternacht auf dem Tahrir-Platz im Zentrum von Kairo, als die Band auf der Bühne die Zeile „In allen Straßen meines Landes!“ singt, und das Publikum begeistert einsteigt. Dieser Hit der Revolution handelt davon, wie sich ein ganzes Land zusammenschließt und gegen den Diktator erhebt – so wie im Januar und Februar 2011, als Hunderttausende den Staatschef Hosni Mubarak aus dem Amt jagten. Als so viele Menschen auf die Straße gingen, dass es dem Militär vernünftiger erschien, nicht zum Staatschef zu halten, sondern zu den Menschen. Der Hohe Rat des Militärs, ein Gremium von Generälen, regiert seitdem das Land.

Damals war alles noch einfach: Es gab einen verhassten Politiker, es gab die Wut, den Zusammenhalt und schließlich die Erlösung durch den Rücktritt. Doch nach einem kurzen Abschwächen kam die Wut wieder und die Angst, dass die Revolution doch nicht stattfindet, obwohl es doch so aussah.

Daher blieb der Tahrir-Platz der Treffpunkt besorgter, aber auch hoffnungsvoller Menschen – Aktivisten, die dort zelten, politische Reden hielten und Tee tranken. Eine riesige, bunte Mischung: westlich gekleidete Jugendliche neben Mädchen in Burka, die die ägyptische Fahne schwenken und die Finger zum Victory-Zeichen spreizen. Doch welche Idee in Ägypten letztlich siegen wird, ist unklarer denn je. Neben den friedlichen Demonstranten, die sich einfach mehr Demokratie wünschen, gibt es inzwi-

schen auch radikalere Töne. Ende Juli demonstrierten erstmals Hunderttausende Salafisten, die einen islamischen Gottesstaat errichten wollen.

Die Zeit der Unwissenheit hält also an – das weiß auch Ahmed Raheer, einer der Gründer der Jugendbewegung des „6. April“, die bereits 2008 entstand, als mehrere Jugendliche über Facebook einen Streikaufruf der Industriearbeiter unterstützten. Bei einer Demonstration in der Industriestadt Mahalla wurde erstmals am 6. April 2008 ein Präsidentenporträt zerfetzt. Viele Male wurde ein Foto davon im Web gepostet, und nach und nach wuchs die Bewegung. Im Internet und auch auf der Straße: „Wir haben mit Demoformen experimentiert und viele kleine spontane Aktionen in Armenvierteln gemacht. Zu irgendeinem Thema, zum Beispiel zu den Lebensmittelpreisen. Bevor die Polizei kam, haben wir die Demo aufgelöst“, erzählt Maher beim Tee. Der 30-Jährige mit dem rasierten Kopf hat mit dafür gesorgt, dass es vor der Revolution fast jeden Tag Aktionen gab, mit denen die Bürger auf den Umsturz eingestimmt wurden.

Unterstützung bekamen diese frühen ägyptischen Aktivisten aus dem Ausland. Einige der revoltierenden Jugendlichen wurden 2009 in Belgrad von den Aktivis-

Zur Nachhilfe in Sachen Protest nach Serbien

ten der Organisation Otpor geschult, die nicht nur wesentlich am Sturz des serbischen Gewaltherrschers Slobodan Milosevic beteiligt waren, sondern erst in Osteuropa und mittlerweile weltweit Oppositionsgruppen unterstützt. Bei den serbischen Revolutionsprofis mit der geballten Faust als Logo lernten die Ägypter die Prinzipien des gewaltfreien Kampfes, der ein draufknüppelndes Regime oft umso hilfloser aussehen lässt und mehr Sympathien einbringt als randalierende Demonstranten.

Weil aber die Reisekosten für die lernwilligen Revolutionäre damals von der US-Regierung bezahlt wurden, so Maher, sieht sich die Oppositionsbewegung bis heute Vorwürfen ausgesetzt, dass sie im Auftrag ausländischer Mächte handle – schließlich sind die USA bei vielen Ägyptern genauso verhasst wie in den anderen Staaten der arabischen Welt. „Es gibt eine Kampagne

gegen uns; weil wir so einflussreich sind, versuchen sie, uns als Agenten des Auslands zu diskreditieren“, sagt Amal Sharaf. Die 36-jährige alleinerziehende Mutter und Englischlehrerin gehört zu den Gründerinnen der Bewegung „6. April“ und ist mit für die Betreuung der angeblich inzwischen 20.000 Mitglieder zuständig.

Der Protest der Aktivisten wuchs rasant, und es waren weniger die Aktionen auf der Straße als die im Internet, die zum Erfolg führten: „Facebook hat für uns die entscheidende Rolle gespielt“, sagt Samah Farouk. Die 30-Jährige ist Karikaturistin und schickt ihren 1.500 Facebook-Freunden schon seit mehr als zwei Jahren täglich eine bitterböse Zeichnung als politisches Statement zu, das durch das Weiterposten zuweilen mehr Menschen erreicht als so manche Tageszeitung in Ägypten.

Für Samah gehören die beiden Protestebenen zusammen: Im Internet werden massenweise Menschen für die Aktionen auf der Straße mobilisiert, hier tauschen die Aktivisten ihre Meinungen und Erfahrungen aus, geben sie Tipps und sprechen Warnungen aus. Hier wird auch debattiert, welche Forderungen gestellt werden. „Unsere eigentliche Macht besteht darin, dass wir die Menschen auf die Straße bringen können“, sagt Samah.

Doch genau daran hat es in den vergangenen Monaten schon mal gehapert. Zwar



„Das ist noch keine Revolution, wir haben noch viel vor uns“, sagt Waled Rashed, der immer noch regelmäßig an den Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz teilnimmt



Patriotismus für die Freiheit: Viele Mitglieder der Protestbewegung haben Angst davor, als Agenten des Auslands verunglimpft zu werden

wurde Freitag für Freitag demonstriert, aber es waren selten mehr als ein paar Zehntausend Teilnehmer. Bedeutet das, dass auf Facebook doch nur die Mitglieder eines kleinen elitären, gebildeten Zirkels miteinander sprechen? Immerhin beträgt die Analphabetenrate in Ägypten rund 30 Prozent. „Eine Elite hat darüber diskutiert,

Die neue Regierung hat ein paar Dinge geändert – aber das reicht nicht

ob wir erst die Wahlen machen sollen oder erst die Verfassung schreiben. Dabei haben wir die armen und ungebildeten Massen verloren“, merkt Samah selbstkritisch an.

Dabei sei es nun „besonders wichtig, dass wir den Druck aufrecht erhalten, damit wir unser Ziel erreichen. Noch haben wir kaum etwas erreicht“, sagt Waled Rashed, ein anderes Mitglied der Bewegung,

und verfolgt auf seinem Blackberry die nebenbei einlaufenden Twittermeldungen. Seitdem die Aktivisten den Tahrir-Platz wieder besetzt haben, passiert in Kairo viel und alles gleichzeitig. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass es sich bei der Revolution am Nil um ein Missverständnis handelt. Die Militärführung, die am 11. Februar nach dem Sturz von Langzeitpräsident Hosni Mubarak die Regierung übernommen hat, versteht unter Revolution etwas ganz anderes als Waled und die anderen Revolutionäre. Die Generäle haben offenbar die Macht in der Absicht übernommen, die Regierung auszutauschen und sonst alles weitgehend beim Alten zu belassen.

Allerdings nahmen sie einige Korrekturen vor: So ließen sie besonders korrupte Politiker und Geschäftsleute verhaften. Auch wurde die Verfassung geändert, so dass nun auch parteilose Politiker für das Präsidentenamt antreten können. Doch der Eindruck, dass sie es dabei belassen

wollen, verbreitet sich. Sie sprechen von Revolution, so der Vorwurf, meinen aber eigentlich Regierungswechsel.

Kein Wunder, dass der Tahrir-Platz wieder besetzt ist: „Das ist noch keine Revolution, wir haben noch viel vor uns“, sagt Waled Rashed. „Deswegen sind wir wieder auf dem Platz, und diesmal werden wir erst gehen, wenn wir alles erreicht haben.“ Doch was ist alles? „Wir wollen einen Mentalitätswandel in der Gesellschaft: Wir wollen, dass sich die Ägypter nicht mehr als Eigentum der Herrschenden fühlen, und dass sie sich trauen, ihre Rechte einzufordern, und wir wollen, dass die Regierenden endlich kapieren, dass sie das Volk respektieren müssen.“ Aber selbst Waled glaubt nicht daran, dass er so lange auf dem Tahrir-Platz kampieren wird, bis der Wandel bei allen 82 Millionen Ägyptern angekommen ist.

Daher konzentrieren sich die Demonstranten nun auf leichter zu erreichende Ziele. In langen Diskussionen haben sie

sich auf folgende Punkte geeinigt: Sie fordern die Verurteilung der Polizisten, die während der Revolution im Januar und Februar Demonstranten getötet haben. Auch sollen Zivilisten nicht mehr vors Militärgericht gestellt werden. Eine weitere Forderung ist die Einführung eines angemessenen Mindestlohnes sowie eines Maximallohns. Auch, dass dem vertriebenen Präsidenten Mubarak der Prozess gemacht wird, war ein zentrales Anliegen. Tatsächlich begann das Gerichtsverfahren am 3. August. Die Staatsanwaltschaft wirft Mubarak Amtsmissbrauch vor und Mittäterschaft am Mord an 800 Demonstranten. Viele der Protestierenden machen keinen Hehl daraus, welches Urteil sie für Mubarak erwarten: Sie tragen in diesen Tagen statt eines Transparents eine Henkerschlinge in der Hand.

Für die Militärs ist der Prozess heikel, weil in einem solchen Verfahren fast zwangsläufig auch Korruptionsvorwürfe gegen das Militär laut würden; die Armee kontrolliert in Ägypten Schätzungen zufolge immerhin rund 20 Prozent der Wirtschaft. Die Demonstranten werfen der Armee denn auch vor, den Prozess zu verschleppen, und immer lauter wird der Ruf, auch die neue Militärregierung zu stürzen. Diese Forderung steht aber nicht offiziell auf der Liste – zu groß ist die Sorge vieler Aktivisten: Wie werden die Generäle reagieren, wenn sie sich bedroht fühlen? „Ich halte es nicht für richtig, die Militärregierung abzusetzen. Sie hat den Job übernommen, die Revolution zu schützen und

unsere Forderungen umzusetzen. Wir erinnern sie daran, und machen Druck, dass sie ihre Aufgabe erfüllt“, sagt Waled Rashed.

Dass die Menschen das Handeln der Politik nicht mehr einfach hinnehmen, zeigt auch ein anderes Ereignis in diesem aufregenden Sommer. Nachdem mehrere Polizisten vom Vorwurf der vorsätzlichen Tötung von Demonstranten freigesprochen worden waren, trieb die Empörung über das Urteil die Menschen in Suez und Kairo auf die Straße. Die Aktivisten vom „6. April“ reagierten auf das Urteil, indem sie ihre Forderungen umformulierten: Statt der Verfassungsdiskussion rückte die strafrechtliche Verfolgung des alten Regimes und seiner Handlanger ganz nach oben auf die Liste, und am 8. Juli war der Tahrir-Platz so voll wie selten. Mit Erfolg: Die Regierung machte angesichts der versammelten Masse Zugeständnisse: 669 ranghohe Polizisten wurden entlassen, das Kabinett umgebildet.

Nach und nach versammeln sich auch an diesem Abend rund um die Blumenkübel am Rande des Tahrir-Platzes die Aktivisten des „6. April“. Seit fast neun Monaten halten die Proteste nun an, und allen ist klar, dass es um mehr geht als um die Prozesse gegen Mubarak und die korrupten Funktionäre. Es geht darum, dass die Revolution dauerhaft zu mehr Demokratie im Land führt, dass sich nicht wieder eine Clique von Machthabern aufschwingt, das Volk zu betrügen. Es geht darum, die Früchte des Zorns zu ernten. ←

Der „Arabische Frühling“

Tunesien

Der erste einer ganzen Reihe von Protesten in Nordafrika brach im Dezember 2010 in Tunesien aus. Nach der Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers (siehe Seite 44) gingen die Menschen auf die Straße, um gegen steigende Lebensmittelpreise, hohe Energiekosten und korrupte Politiker zu demonstrieren. Die „Jasmin-Revolution“ genannte Erhebung führte schließlich zur Absetzung und Flucht des Machthabers Ben Ali. Momentan regiert in Tunesien eine Übergangsregierung unter Einbeziehung der früheren Opposition.

Marokko

In der konstitutionellen Monarchie demonstrierten am 20. Februar 2011, dem „Tag der Würde“, Tausende für politische Reformen und mehr Demokratie. König Muhammad VI. kündigte daraufhin Reformen an. Im Oktober finden vorgezogene Parlamentswahlen statt.

Jemen

Der seit über 30 Jahren regierende Ali Abdullah Salih wird von vielen Jemeniten für die Armut im Land verantwortlich gemacht. Auslöser von Protesten war auch Salih's Plan, sich auf Lebenszeit zum Präsidenten zu ernennen. Seit Monaten kommt es vor allem in den Städten Aden und Sanaa immer wieder zu Protesten, die oft gewaltsam niedergeschlagen werden.

Hungerstreik

Der Hungerstreik ist eine der radikalsten Formen des politischen Widerstands, bei der die Protestierenden das Essen verweigern und in der Folge immer schwächer werden. Die Nahrungsverweigerung kann nach circa einem Monat tödliche Folgen haben. In der Vergangenheit wurden hungerstreikende Häftlinge (zum Beispiel in Guantánamo) daher oft zwangsernährt, wofür eine Sonde durch den Mund in den Magen geführt wird, um Nährstoffe zuzuführen. 1993 traten im Ort Bischofferode mehrere Hundert Bergmänner in den Hungerstreik, weil ihre Kali-Grube geschlossen werden sollte. Auch Mahatma Gandhi verweigerte einst mehrfach wochenlang die Nahrung, um einen Bürgerkrieg abzuwenden. Mit Erfolg.



Peace! Auch Gandhi verweigerte öfter die Nahrungsaufnahme - im Namen des Friedens

Die Ein-Mann-Demo

Vor über 40 Jahren kam Aydin Akin aus der Türkei nach Berlin. Aber noch immer darf er hier nicht wählen. Deshalb geht er so gut wie jeden Tag demonstrieren



Aydin Akin bereitet sich auf seine tägliche Fahrrad-Demo von Schöneberg nach Neukölln vor. Damit ihn jeder versteht, hat er immer ein Megafon dabei.

1

Akin schreibt viele Briefe an Politiker. Manche raten ihm, seine türkische Staatsbürgerschaft aufzugeben, um wählen zu können. Aber das will er nicht.



4



2

Unterwegs erklärt er den Menschen sein Anliegen. Auch, dass in vielen anderen EU-Ländern Ausländer kommunal wählen dürfen.



In Kreuzberg gehört Akin schon fest zum Straßenbild. Über 50.000 Kilometer will er schon für seine Sache geradelt sein.

5



Mit Papptafeln, auf denen seine Botschaft steht, und einer Trillerpfeife im Mund fährt Akin durch die Straßen. „Demokraten von Europa, schämt euch“, steht auf einer.

3



6

„Ich zahle eine halbe Ewigkeit Steuern in Deutschland, habe Pflichten, aber keine Rechte“, sagt Aydin. So endet der Tag in seinem Büro.

Das könnte euch so gefallen

Ob es um Brücken für Eidechsen geht oder um den Erhalt eines Schwimmbads – in Bürgerinitiativen hat die Politik oft einen starken Gegner

Text: Andreas Pankratz, Illustration: Axel Pfaender

→ 33 Tage lebte die Utopie im niedersächsischen Wendland. Auf einer Waldlichtung in der Nähe von Gorleben versammelten sich am 3. Mai 1980 Hunderte von Menschen mit Holzbrettern, Sägen und Schaufeln und fingen an zu bauen. Baracken mit spitzen Dächern, Toilettenhäuschen, eine Krankenstation und einen Friseursalon. Sie verlegten Wasserleitungen, errichteten eine Radiostation und dachten sogar an eine vierstufige Mülltrennungsanlage. Den Bewohnern des neuen Zwergstaates sollte es an nichts mangeln. Die „Republik Freies Wendland“ war geboren, und die Bewohner sangen in ihrem Wendland-Lied: „Auf zum Widerstand, dieses Land ist unser Land / Wendland, nimm dein Schicksal in die Hand.“

In patenten Latzhosen zog damals auch Junglehrer Wolfgang Ehmke mit ein. Ein Hauch von 1968 wehte durch die Fantasierepublik, als er und die anderen Aktivisten den Politikern in Bonn ihre Vorstellung von politischer Selbstbestimmung zeigen wollten. Vor allem ging es aber darum, sich breitzumachen an der Stelle, wo geologische Probebohrungen für ein mögliches Atom-Endlager vorgenommen werden sollten. Ehmke und Co. stellten sich der Obrigkeit in den Weg, die entschieden zurückschlug: Am 4. Juni 1980 rückten Hundertschaften der Polizei und des Bundesgrenzschutzes mit Panzerfahrzeugen und Bulldozern gegen die Demonstranten an. Einen Tag später waren die Wendländer wieder Deutsche. Nach gut 30 Jahren machen sich nur noch Sträucher und Unkraut an der einst besetzten Tiefbohrstelle 1004 breit. „Aber der Geist der Republik ist auch heute noch zu spüren“, sagt Ehmke.

Dass dieser Geist noch wach ist, liegt auch daran, dass Gorleben auch mehr als drei Jahrzehnte nach der Auseinandersetzung im Wald nach wie vor als Endlagerstandort im Gespräch ist. Außerdem rollen in regelmäßigen Abständen Züge mit Castor-Behältern durch den Landstrich, um den hochradioaktiven Müll in eine oberirdische Halle unweit des Bergwerks zu bringen. Daher hat der Widerstand der Bürger aus der Umgebung in all den Jahren nicht nachgelassen – ganz im Gegenteil. „Wir sind professioneller geworden“, sagt Ehmke, der als Pressesprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg die Protest-

arbeit vorantreibt. Dafür wühlt sich der 63-Jährige manchmal nächtelang durch wissenschaftliche und politische Dokumente, beantwortet die unzähligen Presseanfragen und überlegt sich publikumswirksame Aktionen, um Mitstreiter zu mobilisieren: gegen das Endlager, gegen die Castortransporte, gegen die Atomkraft. Die Unterstützung der Nachbarn ist der Initiative sicher. Klar, wer will schon in der Nähe einer radioaktiven Müllkippe leben? Auch die Kommunalpolitiker nicht, die sich seit Langem geschlossen und parteiübergreifend auf die Seite der Aktivisten stellen. „Ohne diese Bürgerinitiative wäre der Wandel in der Atomkraftdebatte nicht möglich gewesen“, so die selbstbewusste Einschätzung Ehmkes.

Nicht nur in Gorleben stimmen die Menschen in Gedanken das Wendland-Lied an. Es gibt Tausende unterschiedliche Bürgerinitiativen in allen Winkeln der Bundesrepublik. Der Protest ist salonfähig geworden und in Deutschland längst kein rein linkes Phänomen mehr. Die Bürger kämpfen gegen ausufernde Gewerbegebiete oder Windkraftanlagen, verhindern neue Tiefgaragen, erhalten Stadtteilbüchereien und lassen mancherorts Pläne für den fünften Discount-Supermarkt im Ort platzen. In ländlichen Gebieten engagieren sich Tierliebhaber jahrelang dafür, Fröschen und Eidechsen eine sichere Passage über neu verlegte Schnellstraßen zu ermöglichen. Und wenn eine Gemeinde nachts plötzlich die Laternen ausschaltet, um Kosten zu sparen, sollte sie die Rechnung nicht ohne ihre Bewohner gemacht haben: Nachdem im vergangenen Winter eine Zeitungsauslegerin der Kleinstadt Otobeuren bei Augsburg auf ihrem Arbeitsweg in völliger Dunkel-

Mia san mia: Die Bayern lassen sich von der Politik am wenigsten gefallen und gründen die meisten Initiativen

heit auf Glatteis gestürzt war, sammelte sie 1.100 Unterschriften und überzeugte damit den Bürgermeister, alle 775 Lampen bis auf Weiteres wieder anzuknippen.

Manche Bürgerbewegungen erregen deutschlandweit Aufsehen, wie jene in Hamburg, die eine geplante Schulreform, bei der die Schüler bis zur siebten Klasse gemeinsam lernen sollten, gekippt hat. Und Berliner haben kürzlich den Senat dazu gedrängt, umstrittene Verträge mit dem örtlichen Wasserversorger offenzulegen. Markus Henn, einer der Sprecher des „Berliner Wassertisches“, war einer von Dutzenden Aktivisten, die die Hauptstädter bis zum Volksentscheid über die Ziele und Fortschritte der Initiative aufgeklärt haben. „Außerdem haben wir es geschafft, viele große Institutionen und Vereine für unsere Sache zu gewinnen“, nennt der 30-Jährige ein wesentliches Erfolgsrezept. Kleingartenvereine, Mietergesellschaften und auch die Verbraucherzentrale machten in der Folge ordentlich Stimmung gegen die geheimen Absprachen von Politik und Wirtschaft.

Ähnlich populär war der Protest einer Gruppe von Studenten und Jungpolitikern, die in diesem Sommer die Münchner Kultkneipe „Schwabinger 7“ vor der Abrissbirne bewahren wollten. Trotz der breiten Zustimmung schlug der Rettungsversuch fehl,



Eigeninitiative: Unser Grafiker hat mal ein paar Vorschläge für schöne Sticker

immerhin aber sind die Bayern damit wieder mal ihrem Ruf gerecht geworden, besonders engagiert für ihre Ziele einzutreten. So häufig wie in keinem anderen Bundesland stellen die Menschen dort Beschlüsse der großen und kleinen Politik infrage und gründen Bürgerinitiativen. Rund 1.800 Bürgerbegehren hat es in dem Freistaat seit 1995 gegeben, etwa 1.000 davon sind schließlich zur Abstimmung gebracht worden. Die Saarländer hingegen haben seit 30 Jahren laut Informationen des Vereins Mehr Demokratie weder einen echten Bürgerentscheid durchsetzen können noch einen Volksentscheid, bei dem landespolitische Themen zur Abstimmung stehen. Das könnte allerdings auch an den eher strengen Voraussetzungen liegen, die dort für den institutionellen Protest gelten.

Die Regeln sind nämlich in jedem Bundesland anders. In Hamburg etwa ist es für Bürgerinitiativen viel einfacher als in Nordrhein-Westfalen, wo beim Bürgerentscheid mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten abstimmen müssen, damit die Wahl gültig ist. Viele Bürgerinitiativen scheitern quer durch die

Früher galten viele Bürgerinitiativen als Querulanten. Das ist heute anders

Republik spätestens an dieser Hürde – an dem sogenannten Quorum. So auch der Verein Pro Nizzabad in Velbert bei Düsseldorf. Ein Jahr lang hat die Initiative für den Erhalt eines Freiluftbeckens gekämpft, nachdem die Mehrheit im Stadtrat die Schließung durchgesetzt hatte. Obwohl beim Bürgerentscheid rund 87 Prozent der Velberter ebenfalls für das Freibad waren, bleibt es geschlossen, weil das Quorum um rund 1.500 Stimmen unterschritten wurde. „Solche Regeln, die die direkte Demokratie behindern, sollte man abschaffen“, fordert Dietger Döhle, Vorstandsmitglied der Initiative.

Eines aber ist in allen Bundesländern gleich: Galten die Bürgerinitiativen noch in den siebziger Jahren nicht nur machtbewussten Kommunalpolitikern als Hort von Querulanten, werden sie heute mit ihren Anliegen ernst genommen. Denn durch sie gelang der Protest oft erst in die Mitte der Gesellschaft. Wie in Stuttgart.

Rund 2.000 Menschen haben sich an einem ganz normalen Montag im Juli auf dem Vorplatz des Stuttgarter Bahnhofs versammelt, um gegen das umstrittene Milliardenprojekt Stuttgart 21 zu demonstrieren. „Es waren aber auch schon mal 100.000“, sagt Gangolf Stocker. Der 67-Jährige war bis vor Kurzem noch der Kopf der aktuell wohl bekanntesten Protestbewegung Deutschlands und hat einen großen Anteil daran, dass die „21“ in Verbindung mit einer beliebigen deutschen Stadt zum Inbegriff des bürgerlichen Unmuts gegen die Willkür von Behörden und intransparenten Entscheidungen in Politik und Wirtschaft geworden ist.

Als „Wutbürger“ hat die Presse die Stuttgarter titulierte, dabei hat die allwöchentliche Montagsdemonstration – wie die meisten der 83 zuvor – eher den Charakter eines Volksfestes: bunte Kostüme, Musik, Feierabendstimmung. Stocker schüttelt an diesem Abend viele Hände – von jungen Menschen und älteren, von Sympathisanten im Anzug und Mitstreitern mit provokantem T-Shirt-Aufdruck. „Wir haben hier den Querschnitt der Bevölkerung“, betont er. Darunter auch das Großbürgertum, das laut Stocker für Glaubwürdigkeit und ein seriöses Image der Demonstranten stehen soll.

15 Jahre hat sich Stocker für den Erhalt des Kopfbahnhofes aufgerieben. Die einst so medienwirksamen Montagsdemos haben aber nicht mehr die gewünschte Außenwirkung, meint einer seiner Weggefährten. Und laut einer aktuellen Umfrage der Stadt befürwortet die Mehrheit der Stuttgarter inzwischen wieder einen Neubau unter der Erde. „Wir waren schon häufiger in schwierigen Situationen“, gibt sich Stocker kämpferisch. Und erinnert an die oberste Regel einer jeden Protestbewegung: Immer dran bleiben an der Sache! ←



Aufs Gleis gesetzt: Dieser friedliche Demonstrant riskiert eine Anzeige wegen Eingriffs in den Schienenverkehr

Blockade

Es ist ein wiederkehrendes Ritual: Sobald die Atommülltransporte in die Zwischenlager durch das Land rollen, demonstrieren Atomkraftgegner mit Sitzblockaden, um den Zug mit den Castorbehältern aufzuhalten. Manche ketten sich an die Gleise, andere betonieren sich ein. Zwar gelingt es der Polizei am Ende doch immer, die Demonstranten von den Gleisen zu tragen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist den Demonstranten dennoch sicher – eine Strafanzeige allerdings häufig auch. Bei Studenten ist die Sitzblockade in Hörsälen ein ebenso beliebtes Mittel, um den Unibetrieb gehörig ins Stocken zu bringen, wenn sich ihr Zorn mal wieder gegen Studiengebühren oder die Bologna-Reform richtet.

Von der Kunst, anderen auf den Sack zu gehen

Sie geben sich als Manager aus, die Milliarden an Arme verteilen. Sie drucken täuschend echte Zeitungen mit ihren eigenen News oder lassen sich in Überlebenskugeln über den East River treiben, um die Ignoranz der Reichen anzuprangern. Die Yes Men sind die Popstars des Protests. Unser Autor Marc Fischer* war bei einer Aktion dabei



In den sogenannten SurvivaBalls kann ein Umweltzerstörer die Umwelt immer weiter zerstören

→ Ausschlafen und ein vernünftiges Frühstück – schon mal zwei der Dinge, die du vergessen kannst, wenn du Polit-Aktivist werden willst. Bisschen Zeit mitbringen – das kommt auch gut, denn Aktivisten sind nicht immer pünktlich. Aber wer bin ich, mich zu beschweren? Che Guevara rannte mit Asthma und Malaria durch den Dschungel, bevor er das geknechtete kubanische Volk befreite.

Es ist vier Uhr morgens, sehr dunkel noch, ich stehe am Columbus Circle in New York, Ecke Broadway und 60. Straße, und warte auf die anderen. Das Problem: Weder weiß ich, wer die anderen sind, noch, was wir gleich tun werden. Aufstand? Umsturz? Revolution? In der letzten E-Mail, vor ein paar Stunden angekommen, stand nur, ich solle mich bereitmachen für:

*etwas sehr Großes
etwas sehr Besonderes
etwas sehr Lustiges
etwas sehr Ernsthaftes.*

Absender waren die Yes Men.

Die Yes Men sind zwei Aktivisten aus New York, die in den vergangenen Jahren vor allem dadurch bekannt wurden, dass sie unter Pseudonymen auf Konferenzen zum Welthandel auftauchen und dort im Namen großer Konzerne oder Organisationen, die sie als ausbeuterisch beurteilen, die unglaublichsten Vorträge halten. Das Duo serviert seinen Gegnern PR-Desaster, indem es deren Verhalten ins Fratzenhafte verzerrt – oder ihnen plötzliche Selbsterkenntnis unterstellt: Als „offizielle Vertreter“ der Welthandelsorganisation WTO kündigten die Yes Men auf einer Konferenz in Sydney mal deren Auflösung an („Weil wir erkannt haben, dass unser System un-



Immer was zu lachen:
Jacques Servin und Igor Vamos
gründeten die Spontitruppe

gerecht ist und nur den Interessen multinationaler Firmen dient“); in Salzburg traten sie vor Wirtschaftsvertretern für den freien Handel mit Wählerstimmen ein (kein Widerspruch aus dem Publikum); auf einem Vortrag in Finnland überzeugten sie Textilhändler davon, ihre Standorte nach Gabun zu verlegen und die Produktion dort für ein paar hundert Dollar im Jahr von „modernen Sklaven“ erledigen zu lassen („Kosten für Ernährung und Unterkunft sind da schon mit drin“). Auch ein Siesta-Verbot in Spanien haben die Yes Men mal verlangt – sollte das Bruttoinlandsprodukt ankurbeln.

Mühsam eindringen wie Diebe in der Nacht mussten die Yes Men bei den Tagungen nie. Man lud sie ein, nachdem sie Websites ins Internet gestellt hatten, die denen von McDonald's, Shell oder Dick Cheney's Lieblings-Militärzulieferer Halliburton ähnelten. Die Veranstalter recherchieren meist nur oberflächlich, selten fragen sie genauer nach, wenn Vertreter von Exxon Mobil oder der WTO sich als Gäste bereitstellen – eher sind sie dankbar, dass so ein Marktgigant mal vorbeikommt. Verklagen konnte die Yes Men bislang keiner; es war ihnen nichts Kriminelles nachzuweisen.

Dabeisein bei dieser Truppe will ich, seit ich vor ein paar Jahren einen Typen namens Jude Finisterra im Fernsehen sah. Er trat bei BBC World auf, angeblich Pressesprecher des Unternehmens Dow Chemical. Zum 20. Jahrestag der Chemie-Katastrophe von Bhopal, bei der 1984 aufgrund fahrlässiger Sparmaßnahmen tonnenweise Giftgas frei wurde und mehr als hunderttausend Menschen tötete oder verletzte, erklärte Finisterra überraschend: Dow Chemical übernehme nun endlich die volle Verantwortung und werde den Opfern eine „längst überfällige Entschädigung in Höhe von zwölf Milliarden US-Dollar“ zahlen. BBC vermeldete das sofort als „Breaking News“.

Jude Finisterra war Yes-Men-Gründer Andy Bichlbaum mit sauber gescheiteltem Haar und einem Anzug, den er sich zwei Tage vorher für 50 Dollar bei der Heilsarmee besorgt hatte. Das war Polit-Aktivismus, wie man ihn noch nicht gesehen hatte – schnell, smart, lässig. Es war wie etwas, was sich die Beastie Boys und die Pariser Situationisten-Künstlergruppe hätten ausdenken können: Hiphop-Aktivismus! Dass Jude Finisterra die Art Bösewicht-Name war, die sonst nur in „Star



Ein Yes Man kündigte auf BBC
Milliardenentschädigungen für
Opfer eines Chemieunfalls an

Wars“-Filmen vorkommt, hatte bei der BBC niemanden stutzig gemacht.

Bichlbaum und sein Partner Mike Bannano sollen mich heute zum Yes Man machen. Das Problem ist nur, dass jetzt – mittlerweile ist es zwanzig nach vier – noch immer keiner der beiden ans Telefon geht.

Dafür haben sich ein paar Leute eingefunden, die offenbar auch Yes Men werden wollen. Oder Yes Women. Sie alle wurden übers Internet benachrichtigt, das wichtigste Medium der Gruppe. Da ist Robert aus Texas, Student der Wirtschaftswissenschaften; da ist Kegan, ein Schauspieler aus Brooklyn; da ist die Rentnerin Jane, eine Psychologin, die schon bei den Studenten-Aktionen im Berkeley der sechziger Jahre dabei war; da sind Hans, Jonathan, Laura und Jeanne. Kaum eine Handvoll – aber die Typen, die 1789 die Pariser Bastille stürmten, waren am Anfang auch keine Armee. Nun allerdings, wo es immer später wird, regen sich Zweifel, ob überhaupt irgendwas passieren wird.

„Die Polizeiwagen da drüben machen mich nervös“, sagt Jane. „Was, wenn das eine Falle ist?“ „Eine Falle von wem denn?“, fragt Robert. „Den Rechten natürlich“, sagt Jane. „Die infiltrieren doch momentan alles, um Obama zu schaden.“ „Und schreiben E-Mails und Twitter-News im Namen der Yes Men? Come on!“, sagt Laura. „Kennt denn einer von uns einen der Yes Men persönlich?“, will die kritische Jane wissen.

„Ja“, sage ich und wähle Andys und Mikes Nummern erneut. Wieder nur die Mailbox. Erst vor ein paar Tagen hatte ich Andy getroffen, aber auch da war er praktisch kaum ansprechbar gewesen. Schwitzend saß er in dem kleinen Büro, das ihm die Kunstschule Parsons für seinen Job als Professor für Digital-Design bereitstellt.

Weder weiß ich, wer die anderen sind, noch was wir gleich tun werden: Aufstand? Umsturz?

Ständig klingelte das Telefon, ständig gingen E-Mails ein, ständig starrte Andy auf den Bildschirm seines MacBook. Yes Man zu sein heißt mittlerweile auch, Stress Man zu sein. Andy kümmerte sich gleichzeitig um den Vertrieb des neuen Yes-Men-Films „The Yes Men Fix The World“ (gewann auf der Berlinale 2009 den Publikumspreis); er war auf der Suche nach weiteren finanziellen Unterstützern (das meiste Geld bekommen sie von Stiftungen und privaten Spendern, einer soll der Trompeter Herb Alpert sein); und er bereitete die Aktion vor, die heute angeblich losgehen soll: das große, besondere, lustige, ernsthafte, mysteriöse New-York-Ding eben.

Viel passiert, seit Andy und Mike vor zehn Jahren die Yes Men gründeten. Andy sagt, es sei vor allem eine Geschichte von Zufällen. Ich finde, es ist eine Geschichte von Neuerfindung und Suche, vom lockeren Umgang mit Identitäten und von Pop, der eher spielerisch Politik wird. Eine sehr amerikanische Geschichte eigentlich.

Es beginnt schon damit, dass keiner der Namen, weder Bonanno noch Bichlbaum, echt ist, obwohl mittlerweile alle sie so nennen, selbst Freunde. Beides sind Pseudonyme. Bonanno heißt eigentlich Igor Vamos, kommt aus der Videokunst-Szene und lehrt Medienkunst; Bichlbaums wahrer Name ist Jacques Servin. Aber auch der ist ein Konstrukt, den sich Bichlbaums Vater ausgedacht hat, ein belgischer Jude, der über Kanada in die USA eingewandert war. Seinen alten Nachnamen, Swicziwsky, mochte er nicht so.

Bichlbaum wuchs in Arizona auf, und nachdem er, Thomas-Pynchon-Fan, es eine Zeitlang als Science-Fiction-Autor versucht hatte, wurde er Computerprogrammierer, „weil es der freieste Job ist, den man sich



„Wir sind am Arsch“:
Diese getürkte Zeitung las
sich mal ganz anders

denken kann. Niemand kontrolliert dich, weil niemand weiß, was du tust. Fast macht es Angst, darüber nachzudenken, wie viel Macht ein Programmierer hat.“ Bichlbaum, der es nie länger als zwei, drei Monate in einem Job aushielt, nutzte die Freiheit, indem er im Computerspiel „SimCopter“ eine Belohnung fürs Erreichen des letzten Levels einbaute: den Anblick halbnackter, sich küssender Bodybuilder. Das Spiel war längst ausgeliefert, als die subversive Aktion bemerkt wurde, die das stereotype Männerbild in Computerspielen konterkarieren sollte; Bichlbaum wurde gefeuert. Ein paar Monate später stellten ihm Freunde einen Typen vor, der sich bei der Firma Mattel hatte anstellen lassen, um rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft die Sprachchips der Puppen Barbie und G.I. Joe zu vertauschen. G.I. Joe stöhnte nun: „Mathe ist so kompliziert!“ Und Barbie sagte, wenn man sie zärtlich drückte: „Die Rache wird mein sein.“ Der Mattel-Mann war Mike Bonanno. Kurze Zeit später hatten die beiden ihre erste Fake-Website eingerichtet: Willkommen bei der Welthandelsorganisation! Es dauerte nicht lange, bis die ersten Anfragen kamen. „Wir mussten nur warten, wie beim Angeln“, sagt Andy.

Es ist Bonanno, der jetzt, kurz nach halb fünf, endlich in einem dunklen Wagen am Columbus Circle bei den wartenden Yes Men und Women vorfährt. Mike trägt einen blauen Anzug, hat wirre Haare und etwas müde Augen – aber trotzdem Top-Laune. Er entschuldigt sich für die Verspätung, öffnet den Kofferraum und wirft 20 abgepackte Stapel der „New York Post“ auf den Asphalt.

Alle glotzen. Das Blatt ist die „Bild“ von New York, die reaktionärste Boulevardzeitung der Stadt und erklärte Lieblings-Daily des Medientycoons Rupert Murdoch, der Feind also.

„Es ist natürlich nicht die echte ‚New York Post‘“, sagt Mike und zieht ein paar Exemplare aus dem Stapel. WE'RE SCREWED, boulevardesk übersetzt: WIR SIND AM ARSCH, steht in fetten Lettern auf der Titelseite, die der echten „New York Post“ in Schriftart, Farbe und Layout gleicht. Nur drinnen sieht die Zeitung ein wenig anders aus: Statt reißerischer Sex-Crime-Celebrity-Stories stehen da von Wissenschaftlern und Fachjournalisten ausgerechnete Texte zum Klimawandel: zum Schmelzen der Polkappen, zum Ende des



Auftritt als US-Ikonen: ein kurzes, schnell geschnittenes Spiel mit der Realität

Eisbär, zur Kohleförderung, zum CO₂-Ausstoß, zu alternativen Energiequellen – passend zur Klima-Woche, die gerade in New York stattfindet. 50 Grafiker und Autoren haben drei Monate lang, meist gratis, daran gearbeitet. Gesamtkosten: 20.000 Dollar.

„Die verteilen wir jetzt zwei Millionen Mal in der Stadt, und zwar zuerst an Journalisten“, sagt Mike. „Ihr müsst irgendwie versuchen, in die Redaktionen der Fernseh- und Radiosender reinzukommen, damit die als erste von der neuen ‚Post‘ erfahren. Und die Tageszeitungen natürlich. Den Rest drücken wir jedem Fußgänger in die Hand. Ganz Manhattan muss geflutet werden.“

Einige Leute wirken kurz etwas enttäuscht. Sie hatten wohl auf die lustigen SurvivaBalls gehofft, eine Art Hüpfball-Anzug mit Ohren, der in den letzten Wochen immer öfter in den Mails der Yes Men aufgetaucht war. Sie hatten vielleicht nicht erwartet, wieder eine Zeitung zu verteilen wie im November letzten Jahres, als die Yes Men unter großem Applaus eine gefälschte „New York Times“ mit nur guten Nachrichten herausbrachten: „Irak-Krieg: vorbei“ stand da, „Bush wegen Hochverrats angeklagt“ und „Ölfirmen Exxon Mobil und Chevron Texaco verstaatlicht“. Die „New York Post“ heute morgen liefert nun das genaue Gegenteil: keine Träume, sondern Fakten.

„Und was ist mit den SurvivaBalls?“, fragt Hans. „Zuerst die Zeitungen“, antwortet Mike. Und ist dann auch schon wieder weg, nachdem er die Adressen vergeben hat, wo verteilt werden soll. Joanne, Laura und ich stürmen das CNBC-Hauptgebäude. Na ja, stürmen – bis in die entscheidenden Etagen lässt uns der Concierge nicht, aber wir kriegen ihn so weit,

dass er einen Stapel Zeitungen vom Hausboten hochtragen lässt. Die anderen drücken wir jedem Angestellten in die Hand, der in den nächsten Stunden das Gebäude betritt. Sie sind zuerst skeptisch, schließlich ist es die „Post“, schauen dann aber genauer hin und sind überrascht: ein Mistblatt, das sich plötzlich für das Schicksal der Welt interessiert? Was ist da denn passiert? Und als Stunden später jeder zweite New Yorker mit der neuen „Post“ durch Manhattan läuft und sich die Titelzeile ins Stadtbild schreibt, wirkt es, als sei es gar nicht so absurd, würde sich ein Boulevardblatt zur Klima-Woche mal mit wirklich überlebenswichtigen Themen beschäftigen.

Ein kurzes, schnell geschnittenes Spiel mit der Realität: So vor allem funktioniert die „Identitätskorrektur“, die die Yes Men zur Perfektion gebracht haben. So war es auch bei der berühmten Dow-Chemical-Aktion. Natürlich dementierte der Konzern eine Stunde später die Nachricht, er würde zwölf Milliarden Dollar an die Opfer zahlen – aber es war ein sehr peinlicher Akt für die Firma. Und in dieser Stunde hatte Bichlbaums Auftritt viel erreicht. Er hatte geschafft, dass die Welt kurz daran geglaubt hatte, ein Konzern wie Dow könne auch mal was Gutes tun. Er hatte bewiesen, dass dies in der heutigen Marktwirtschaft sofort mit fallenden Aktienkursen bestraft wird – innerhalb von 25 Minuten verlor der Konzern zwei Milliarden US-Dollar an Wert. Und die Yes Men hatten die Welt erneut an Bhopal erinnert und an die Verantwortungslosigkeit der Firma. Auch in Indien waren ihm die Geschädigten dankbar. Zwar gab es am Ende kein Geld, aber endlich hatte mal wieder jemand an sie gedacht!

Die Yes Men haben eine alternative Denkmöglichkeit geschaffen. Mit dem,



Das sollen wir sein? Die Dokumente, die die Yes Men bei sich tragen, sind selten echt

Der Wind bläst mir ins Gesicht. Ich muss mich beeilen. Ich bin jetzt ein Yes Man!

was sie tun, weisen sie uns darauf hin, dass die Realität, die uns umgibt, nichts Feststehendes ist. Sie ist veränderbar. Wenn wir handeln.

„Und? Die ‚Post‘ von heute schon gelesen?“, frage ich meinen Tischnachbarn, als ich nach der Arbeit im Diner schnell ein Bagel mit Cream-Cheese esse. „Ja, aber heute war sie irgendwie komisch – nur Umweltzeugs drin. Ich wollte echte Nachrichten haben.“ „Aber was könnte denn echter sein als ein Bericht über die klimazerstörende Wirkung von Kohlekraftwerken? Manhattan wird untergehen, wenn der Meeresspiegel weiter steigt. Da kann Bruce Willis dann auch nix mehr machen.“ „Mag sein, dass Sie recht haben. Ich les es vielleicht später noch mal. Aber die Sportergebnisse hätten mich trotzdem interessiert.“ „Die Jets haben gewonnen.“ „Toll!“

Es fühlt sich gut an, hier zu sitzen, nachdem man ein Yes Man war. Man hatte irren Spaß, und die Bagel schmecken auch besser dann. Spaß allein aber genügt den Yes Men mittlerweile nicht mehr. Spätabends, bei einem Bier im „Schneider’s“ im East Village, erzählt Andy davon. Er ist erschöpft wie immer, aber im Großen und Ganzen zufrieden mit der Zeitungs-Aktion. Etwas über hundert Leute hätten teilgenommen, einem sei es gar gelungen, vor dem Gebäude der echten „New York Post“ Rupert Murdoch persönlich ein Exemplar in die Hand zu drücken. Dafür war der Aktivist kurz vom Sicherheitsdienst festgesetzt worden. So was, meint Andy, müsse in Zukunft viel öfter passieren. „Die augenblickliche politische Situation in Amerika ist so reaktionär, dass man mit lustigen Medienaktionen allein nicht weiterkommt.“

„Sondern?“ „Wir wollen, dass die Leute auf die Straße gehen.“ „Und gegen den Klimawandel demonstrieren? Gegen den Afghanistankrieg? Für höhere Löhne?“

„Viel mehr noch. Sie müssen bereit sein, Risiken einzugehen. Straßensperren zu errichten, Banken zu belagern, zivilen Widerstand zu leisten, sich einsperren zu lassen.“ „Glaubst du, dass sie so weit gehen werden?“ „Sie müssen. Weil sonst alles immer schlimmer wird.“

Dann redet er von den wahren Zielen der Yes Men: tiefgehende gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen. Verstaatlichungen von Banken, Ausweitung des Gesundheitssystems, Kontrolle des Finanzmarkts, strikte Umweltschutzaufgaben,

mehr Arbeiterrechte. Er zitiert die amerikanische Soziologin Frances Fox Piven und ihre These, dass Gesellschaften sich immer nur dann wesentlich verändern, wenn die Leute so verzweifelt sind, dass sie sich offen gegen den Staat stellen: Roosevelts New Deal in den dreißiger Jahren, zu dem es nur kam, weil sich Bürgergruppen bildeten, die sich gegen Räumungen und Enteignungen wehrten; die Bürgerrechtsbewegung der Sechziger; die Weigerungen gegen die Vietnam-Einberufungsbefehle. „Die Zeit, die wir gerade erleben, unterscheidet sich in nicht viel von diesen Krisen“, sagt Andy. „Und ich glaube, dass Obama sich insgeheim wünscht, dass das Volk aufsteht und sich gegen die Macht der Konzerne erhebt. Ich glaube, dass er uns braucht, um mehr zu erreichen als ein paar gute Slogans.“ „Ist Obama ein Yes Man, Andy?“ „Das hoffe ich.“

Am nächsten Tag, zehn Uhr morgens, kommt es am Ufer des East River auf Höhe der 23. Straße dann doch noch zum Einsatz der SurvivaBall-Überlebensbälle, die sich die Aktivisten so gewünscht hatten. Etwa 20 von ihnen sind in die grotesken Kostüme geschlüpft, die von den Yes Men als Schutzanzug-Karikatur für gefräßige Manager-Typen entwickelt wurden. Darin könne ein Umweltzerstörer die Umwelt fröhlich immer weiter zerstören, weil ihm weder Feuer, Sintflut, Erdbeben noch Atomverseuchung gefährlich würden. Allerdings muss er dann auch rumlaufen wie ein grauer Teletubby.

Ob die Bälle funktionieren oder nicht, werden die Aktivisten gleich herausfinden, denn sie sollen ins Wasser des East River wackeln und zum etwa einen Kilometer entfernten UN-Hauptquartier rüberschwimmen, wo die Führer der Staaten dieser Welt gerade zum bevorstehenden Klimagipfel von Kopenhagen tagen. Dort sollen sich die SurvivaBalls ein paar Spitzenpolitiker greifen und dazu bringen, endlich bindenden Verträgen zuzustimmen.

Gerade, als sie ins Wasser wollen, passiert das, was Andy sich am Vortag gewünscht hat: Drei Boote der Küstenwache blockieren die Bälle, von der Straße aus tönen Polizeisirenen, über uns kreist ein Hubschrauber mit Scharfschützen. Der einsatzleitende Sergeant erklärt, er habe gerade einen Notruf bekommen, in dem es sinngemäß hieß, 20 übergroße Zwiebeln ungeklärter Herkunft hätten sich ins Was-

ser des East River begeben. Ob Mr. Bichlbaum das irgendwie spezifizieren könne.

„Wir testen unsere Überlebensbälle für die nahende Umweltkatastrophe“, sagt Andy. Er bleibt ganz ernst dabei, wie damals, als er bei der BBC Jude Finisterra war. „So so. Eine nicht angemeldete Demonstration und Störung also“, sagt der Polizist, lässt sich Andys Ausweis geben und verschwindet kurz im Wagen. Als er zurückkommt, nimmt er Andy fest. Es liege noch ein früherer Haftbefehl gegen ihn vor.

„Welcher denn?“ fragt Andy. „Sie sind mal mit dem Fahrrad durch den Washington Square Park gefahren. Das ist verboten, dafür haben Sie ein Ticket bekommen und nie bezahlt.“ Ein Yes Man, der wegen falschen Radfahrens verhaftet wird – das ist so absurd, dass Andy zum ersten Mal an diesem Tag aus seiner Rolle fällt und lachen muss. Auch dann noch, als die Handschellen zuschnappen. Bevor der Sergeant ihn abführt, drückt mir Andy schnell seinen Fahrradschlüssel in die Hand; daran hängt auch ein USB-Stick mit Foto- und Filmdateien von dem Polizei-Einsatz. „Kümmerst du dich darum?“ Die nächsten 24 Stunden wird er in Haft verbringen, ein treuer Märtyrer der Bewegung.

Ich blicke Andy kurz nach, dann nehme ich sein Mountainbike und fahre los, quer durch New York zu Mike, der schon im Büro auf den Stick wartet. Der Wind bläst mir ins Gesicht, ich springe über Kantsteine, an Menschen, Hunden, Autos vorbei, schneller, immer schneller. Irgendjemand, den ich fast überfahren hätte, schreit mir was hinterher, aber ich drehe mich nicht um. Ich muss mich beeilen, ich bin ein Yes Man. ©greenpeace-magazin

***Marc Fischer hat im vorletzten fluter zum Thema Recht sehr anschaulich über einen Rechthaber geschrieben. Leider ist er im Frühjahr dieses Jahres mit nur 40 Jahren gestorben.**

Wir protestieren!
Aber wie? Auf
fluter.de/protest
wird es Dir
demonstriert

Der Counter-Jihad

Seit den Protesten gegen den Bau von Moscheen vor fünf Jahren haben sich Misstrauen und Fremdenhass gegen muslimische Immigranten mitten in der deutschen Gesellschaft breitgemacht. Die selbsternannten Kulturkämpfer schüren mit ihren Büchern, Artikeln und Internetblogs Vorurteile

Text: Andreas Förster

→ Es hatte ganz harmlos begonnen. Mit Demonstrationen, Reden und Plakaten protestierten im Jahr 2006 Tausende Menschen in Köln und Berlin gegen den Neubau von Moscheen. In Köln-Ehrenfeld sollte ein Gebetshaus mit einer 30 Meter hohen Kuppel entstehen. Im Ostberliner Stadtteil Heinersdorf war eine deutlich kleinere Moschee geplant für die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde. Die Anwohner hier wie dort gründeten Bürgerinitiativen und sammelten Unterschriften. Sie fürchteten, dass sich gewalttätige Islamisten in den Gotteshäusern treffen könnten; aber sie hatten auch Angst davor, dass der Wert ihrer Grundstücke sinken und es weniger Parkplätze geben könnte in den Straßen rings um die Moscheen. Die Gotteshäuser wurden trotzdem gebaut, und die Anwohner haben längst ihren Frieden damit geschlossen.

Dennoch taugt das Thema Islamismus immer wieder dazu, viele Menschen zu verunsichern, besonders nach den Anschlägen am 11. September 2001 fiel es manchem Polemiker leicht, Islam und Islamismus gleich-

zusetzen. Der Weg vom Kopftuch zum Selbstmordattentat ist nicht weit in diesem Weltbild, das in vielen Ländern zunehmend Verbreitung findet: In den Parlamenten von 16 europäischen Ländern sind rechtspopulistische Bewegungen vertreten – es gibt in den Niederlanden die Freiheits-Partei von Geert Wilders, die für einen Migrationsstopp eintritt und eine Minderheitenkoalition duldet, es gibt die Wahren Finnen oder in den USA die Tea Party, die Präsident Barack Obama mit patriotischen, ausländerfeindlichen Aussagen unter Druck setzt.

Der Erfolg dieser Bewegungen im Ausland hat wohl auch dazu geführt, dass die auf die Zurückdrängung von Immigranten muslimischer Herkunft gerichteten Botschaften zunehmend in Deutschland Gehör finden. Dabei kommen die Argumente der Islamhasser gut getarnt als Bürgerprotest aus der Mitte der Gesellschaft daher. „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“ – so lautet unausgesprochen die Ouvertüre zu den oft als wissenschaftliche Erkenntnis vorgetragenen Vorurteilen, wie etwa die provozierenden Thesen von Thilo Sarrazin, der den muslimischen Einwanderern in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ den Willen und die Fähigkeit zur Integration abspricht.

Europas neuer rechter Populismus hat die alte Unterscheidung von Rechts und Links ersetzt durch die Vorstellung von Systemverteidigern und Systemgegnern. Man selbst verteidigt bürgerliche und christliche Werte und den Wohlstand, während auf der anderen Seite jene Blauäugigen stehen, die den Multikulturalismus verteidigen, in dem auch der Islam seinen Platz hat.

Verbreitet wird diese Ideologie vor allem im Internet. Hier hat sich in den letzten zehn Jahren eine globale Einheitsfront der Islamfeinde gebildet. Bestens vernetzt sind etwa einschlägige Blogs aus Europa wie Gates of Vienna, Document.no, Islam Versus Europe, Brussels Journal und das deutsche Portal PI – Politically Incorrect mit ihren Gesinnungsfreunden in den USA, die Atlas Shrugs, Jihad Watch und andere Blogs betreiben. Sie sehen sich als geistige Vorhut eines sogenannten Counter-Jihad, mit dem man eine Gesellschaft verhindern wolle, „in der Burkas und Ehrenmorde sowie Genitalverstümmelung als kulturelle Bereicherung gelten“, wie es in einem PI-Blogeintrag hieß. Diese Szene liefert die ideologische Blaupause für den „heiligen Krieg“ gegen Islam und linke Gutmenschen, die die freie Welt durch Multikulturalismus dem Feind opfern.

Zur Gewalt rufen die Autoren der islamfeindlichen Blogs dabei nie ausdrücklich auf, auch um möglichen Repressionen durch die Sicherheitsbehörden zu entgehen. Dafür aber nehmen die Kommentatoren auf diesen Seiten kein Blatt vor den Mund. Vom ungebremsten Hass und der verbalen Aggressivität in den Kommentatorenspalten dieser Seiten hat sich offenbar auch der norwegische Attentäter Anders Behring Breivik leiten lassen, der nach seiner Festnahme angab, Norwegen vor dem Islam und dem „Kulturmarxismus“ retten zu wollen. Insofern sei Breivik ein „furchteinflößender Auswuchs der antimuslimischen Szene“, sagt der Chefredakteur der schwedischen Zeitschrift „Expo“, Daniel Poohl.

Die eifrigen Blogger aus der Anti-Islam-Allianz wollen freilich nicht in einem Atemzug mit Breivik genannt werden, allerdings hatte der für seine 1500-seitige Kampfschrift, in der er seine Tat rechtfertigt, manche Texte aus den Blogs übernommen. „Die Gewalt ist in der Rhetorik angelegt, auch in derjenigen der

Es herrscht die Angst vor der Kopftuchpflicht

rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen“, sagt der Sachbuchautor Anton Maegerle. „Wer Hass schürt, muss davon ausgehen, dass dieser Hass irgendwann explodiert.“

Im Oktober 2007 hatten sich in Brüssel Aktivisten der „Counter Jihad“-Bewegung zu einem Kongress versammelt, auf dem Mitglieder von politischen Parteien und Interessensgruppen, Blogger und Autoren über „Maßnahmen gegen das Übergreifen des Islam in ihren Ländern“ berieten. Zu den Rednern auf dem Kongress gehörte auch der Bergisch-Gladbacher Sportlehrer Stefan Herre. Der 46-Jährige betreibt das deutsche Blog PI – Politically Incorrect, die wohl einflussreichste in Deutschland betriebene islamfeindliche Internetseite. Will man Herre glauben, zählt PI mehr als 30.000 Besucher täglich. Die Seite verspricht „News gegen den Mainstream“ – als Mainstream begreift Herre die Islamisierung Europas. Man sei proamerikanisch und proisraelisch. Trotz Letzterem finden sich auch schon mal antisemitische Blogeinträge bei PI, zuletzt bei der Diskussion um die Holocaust-Leugnung von Bischof Williamson von der Pius-Bruderschaft. Schwerpunkt des Blogs aber sind die Warnungen vor einer bevorste-



Manchmal kommen zu den Demonstrationen der Pro-Gruppe mehr Journalisten als Demonstranten

henden Islamisierung Deutschlands und Europas. So kann man auf der betont sachlich und nüchtern gehaltenen Nachrichtenseite etwa von der baden-württembergischen „Türkenministerin“ Bilkay Öney (SPD) lesen, die das „islamische Multikulti“ fördere, oder von Subventionen für „Ekelkunst von Zuwanderern“. Es wird aber auch offen gegen Homosexuelle gehetzt und Stimmung gegen die „rote Gefahr“ von Links gemacht. Herre hat kürzlich in einem seiner seltenen Interviews die Einschätzung zurückgewiesen, Breivik habe sich zu seiner Tat auch durch Blogs wie den seinen inspirieren lassen. „Ich bin doch nur ein kleiner Blogger“, der nicht will, dass

seine „Kinder später mit einem Kopftuch herumlaufen müssen“, sagte Herre dem „Stern“. So tarnt sich die Islamphobie als ganz nachvollziehbarer Protest gegen eine Überfremdung. Dass in den vergangenen Jahren mehr Moslems aus Deutschland weggezogen als gekommen sind, wird dabei geflissentlich ignoriert.

Das Konzept scheint aufzugehen. Nutzer und Leser von Politically Incorrect haben sich inzwischen in Dutzenden Aktionsgruppen zusammengeschlossen und sind politisch in der Öffentlichkeit aktiv. Personelle Verflechtungen gibt es insbesondere zur Bürgerbewegung Pax Europa, die ebenfalls eine popu-

listische Melange aus Antiislamismus und christlich-fundamentalen Grundsätzen pflegt. Sie ist eng vernetzt nicht nur mit dem PI-Blog, sondern auch mit der English Defense League, einer 2009 gegründeten islamfeindlichen Sammelbewegung in Großbritannien, die von Geheimdiensten der extremen Rechten zugeordnet wird und Verbindungen in militante Kreise unterhalten soll.

„Religionskritik ist kein Rassismus“, steht auf der Internetseite von „Die Freiheit“, laut Eigenwerbung eine „Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie“. Gegründet wurde sie von René Stadtkewitz, der zuvor

Die neue Bewegung gibt sich gesetzestreu und harmlos

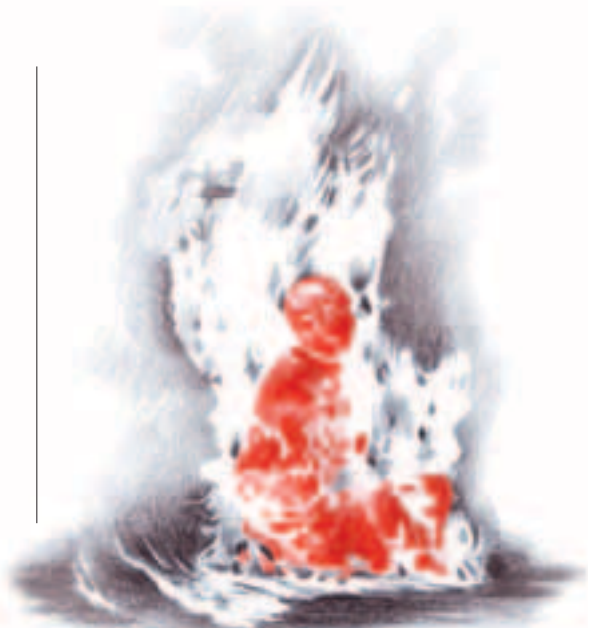
aus der Berliner CDU-Fraktion ausgeschlossen worden war, weil er den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen hatte. Wilders wurde durch seinen Kampf gegen eine vermeintliche Überfremdung bekannt – als er einst nach London reisen wollte, verweigerte man ihm die Einreise. Ein Prozess wegen Volksverhetzung endete mit einem Freispruch für ihn. Seine Meinungsäußerungen bewegten sich im Rahmen des Erlaubten, urteilte das Gericht.

Auch das ist ein Zeichen der neuen Bewegung. Im Gegensatz zu rechtsextremen Organisationen gibt man sich gesetzestreu, beteuert seine Sympathie mit Israel und tarnt sich als Bürgerprotest hinter unverfänglichen Namen wie „Pro Deutschland“. Diese Partei trat im Herbst bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus mit Plakaten an, die eine durchgestrichene Moschee zeigten. Es ist das Symbol, mit dem die Menschen vor fünf Jahren gegen den Moscheebau in Köln auf die Straße gingen. Mittlerweile ist es das Logo einer ganzen landesweiten Bewegung. ←

Was steckt hinter dem Aufstand der Hacktivist*innen? Mach dich schlau auf fluter.de/protest

Der Rächer der Wale

→ Für die einen ist Captain Paul Watson nichts weiter als ein mediengeiler Angeber. Für die anderen ist er ein moderner Pirat und der radikalste Umweltschützer der Welt. Der Kanadier Watson war ein frühes Mitglied bei Greenpeace, doch er verließ die Organisation - angeblich, weil er die Methoden des friedlichen Protestes für zu brav und wirkungslos hielt. „Ich bin nicht da, um zuzuschauen, wie sie Wale töten. Ich bin da, um sie zu stoppen“, sagte Watson. Im Jahr 1977 gründete er die „Sea Shepherd Conservation Society“, eine Vereinigung, die sich der „direkten Aktion“ verschrieb. Captain Paul Watson und seine Mitstreiter hissten die Piratenflagge und griffen Walfänger an. Sie warfen Stinkbomben und ramnten die Schiffe, nach eigenen Angaben versenkten sie sogar zehn von ihnen (ohne dabei einen Menschen zu verletzen). Immer wieder wurde Watson inhaftiert und angeklagt, für die japanische Regierung ist er bis heute ein „Umwelt-Terrorist“. Seine ständige Präsenz in den Medien und sein aggressives Gehabe brachten ihm aber auch viel Kritik unter Umweltschützern ein. Unter anderem ließ er eine Doku-Soap auf einem seiner Schiffe drehen, in der er vor laufender Kamera beim Angriff auf ein japanisches Walfangschiff angeschossen wurde - bis heute ist unklar, ob es sich um ein reales Attentat oder eine Inszenierung handelte. Greenpeace ließ es sich schließlich nicht mehr gefallen, in jedem Artikel über „Sea Shepherd“ madig gemacht zu werden. Auf ihrer Internetseite stellten die Aktivisten klar: Paul Watson sei nicht freiwillig gegangen, man habe ihn 1977 rausgeschmissen, weil er eine machtbesessene Nervensäge gewesen sei. ←



Selbstverbrennung

Ohne Mohammed Bouazizi wäre die Geschichte in Nordafrika und Nahost in den vergangenen Monaten wahrscheinlich ganz anders verlaufen. Um gegen die Schließung seines Marktstandes und die Demütigungen durch die tunesischen Behörden zu demonstrieren, hatte sich der Gemüsehändler im vergangenen Dezember in Brand gesetzt und mit seinem Tod die Protestwelle des „Arabischen Frühlings“ entfacht. Ein neues Phänomen ist die Selbstverbrennung aber nicht. So wählte der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz 1976 den Märtyrertod in Auflehnung gegen das DDR-Regime. Einer der bekanntesten Fälle ist der des buddhistischen Mönchs Thích Quảng Đức im Jahr 1963 – das Bild von dessen Freitod verwendeten die Rock-Revoluzzer von Rage Against the Machine auf dem Cover ihres Debütalbums.

Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner singt drüber

Afghanistan ist nicht Vietnam
und Osama Bin Laden kein Che
Guevara. Warum unser Autor
glaubt, dass Politik im Pop heute
nicht mehr funktioniert

Text: Klaus Walter

Singen gegen Raketen: Bob Dylan und Joan Baez
am 6. Juni 1982 auf einem Festival gegen
nukleare Waffen in Pasadena, Kalifornien





Make love not war:
Lady Gaga protes-
tierte gegen die
Diskriminierung
von Homosexuellen
in der amerikani-
schen Armee

→ Drei Millionen Tote, davon zwei Millionen Zivilisten, vier Millionen Schwerverletzte – das ist die Bilanz des Vietnamkrieges. Von 1965 bis 1973 führten die USA in Südostasien einen Krieg, den viele Amerikaner immer weniger verstanden. Die Supermacht gegen ein kleines Land am Ende der Welt, an dessen kommunistischem Norden die USA ein Exempel statuieren wollten. Wie kein anderes Ereignis polarisierte der Vietnamkrieg erst die amerikanische Gesellschaft und dann die Jugend der Welt.

Als die militärische Intervention der USA 1965 beginnt, ist die Weltlage bereits angespannt: Die allgegenwärtige Drohung eines Atomkrieges, die Konfrontation der Militärblöcke, die Kubakrise, die Nachwehen des Koreakriegs – all das schürt Ängste. Folksänger wie Pete Seeger, Phil Ochs und der junge Bob Dylan greifen diese Stimmung schon in den frühen Sechzigern auf. Mit Songs wie „Talking Vietnam Blues“ oder „Masters of War“ begründen sie ein neues Pop-Genre: den Antikriegs-Song. Binnen weniger Monate hat fast jede Band so einen Antikriegssong im Repertoire, binnen weniger Monate schießen die neuen Bob Dylans nur so aus dem Boden.

Joan Baez und John Lennon, Marvin Gaye und Curtis Mayfield, Creedence Clearwater Revival und Jefferson Airplane – sie alle haben Hits mit Songs gegen diesen Krieg. Aus dem Protest entwickeln sich die Utopien für ein neues Zusammenleben. „Make love not war“ lautet eine der großen Parolen der weltweiten Hippiebewegung. Liebe oder Krieg? Die Frage spaltet die Gesellschaft, die Fronten sind klar: Alt gegen Jung, Konservative gegen Hippies, Rechts gegen Links, autoritäre Militaristen gegen hedonistische Freaks. Vietnam ist der Popkrieg des 20. Jahrhunderts.

Auch in den beiden deutschen Staaten prägt dieser Krieg das politische Klima der Popmusik. In der DDR wird die Kritik an den USA vom Staat verordnet, während musikalische Proteste gegen das eigene Regime im Keim erstickt werden. So blüht

Wer seine Songs nicht im Look eines Graubrots vortrug, machte sich verdächtig

jenseits des Eisernen Vorhangs in den sechziger und siebziger Jahren vor allem die staatlich gesteuerte Pop-Langeweile. Die wenigen Musiker, die sich Kritik am Regime leisten – wie die Klaus-Renft-Combo oder Wolf Biermann – bekommen Auftrittsverbote.

In der BRD orientieren sich die meisten Popkünstler an angloamerikanischen Vorbildern. Den wenigsten gelingt es, sich mit einer eigenen Ästhetik von diesen Idolen zu emanzipieren. In den Sechzigern versammelt sich um die Burg Waldeck eine kleine, aber lebendige Folkszene, die Liedermacher wie Franz-Josef Degenhardt oder Hannes Wader prominent macht. Auf der politischen Agenda dieser Szene stehen vor allem Antifaschismus und Antikapitalismus, der quasi natürliche Feind sind die USA. Ästhetische Raffinesse, poppige Inszenierungen und jede Art von Show-Biz verfolgt man hier mit Argwohn und Skepsis. Es gilt das einfache Wort zur unverstärkten Klampfe. Dieser kargen Graubrot-Ästhetik ist ein großer Teil der westdeutschen Linken bis tief in die Achtziger verpflichtet. Das macht die Aktionen der Friedensbewegung zu musikalisch recht trostlosen Veranstaltungen, Ähnliches gilt für die selbstgenügsamen Darbietungen, wenn sich Atomkraftgegner und Öko-Jünger begegnen. Die einzige deutsche Band, auf die sich fast alle Fraktionen der Linken einigen können, ist Ton, Steine, Scherben. Auch 15 Jahre nach dem Tod ihres charismatischen Sängers Rio Reiser im August 1996 fehlen die eingängigen Gassenhauer der Scherben bei kaum einer Demonstration.

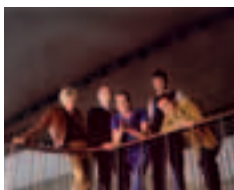
Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Sieg des Kapitalismus wird die Lage unüber-



I'm not there:
Bob Dylan schrieb
viele Songs gegen
den Vietnamkrieg



Ein Bart kommt
schon mal gut -
wusste bereits
Liedermacher Franz-
Josef Degenhardt



Der Name klingt
erst mal unpoli-
tisch, aber wehe,
wenn sie sauer
werden: Die Gol-
denen Zitronen



Macht kaputt, was
euch kaputt macht:
Ton, Steine,
Scherben werden
heute noch auf
Demos gespielt

sichtlich. In einigen deutschen Großstädten entstehen nach dem Fall der Mauer und den pogromartigen Überfällen von Rostock, Mölln und Hoyerswerda antirassistische Initiativen, denen sich auch viele jüngere Bands anschließen. Besonders stark ist die sogenannte Poplinke in Hamburg. Bands wie Blumfeld, Die Goldenen Zitronen, Die Sterne und später Tocotronic werden unter dem griffigen Label „Hamburger Schule“ vermarktet. Der kommerziell erfolgreichste Protest im wiedervereinigten Deutschland kommt freilich von rechts. Die Böhsen Onkelz, eine Frankfurter Hardrock-Band mit Skinhead-Vergangenheit, erreicht mit proligem Habitus, schlichten Parolen und ebensolcher Musik ein großes Publikum. In der verschworenen Onkelz-Gemeinde vertragen sich „unpolitische“ Fans beim Bier problemlos mit stolzen Deutschen, Rassisten und Neonazis, die ihr Gegröle als Protest gegen den Staat sehen.

Die Anschläge vom 11. September 2001 in New York verändern auch das popkulturelle Koordinatensystem. Nach dem Einsturz des World Trade Centers trauert die Welt mit Amerika. Rockstars wie Bruce Springsteen und Neil Young – in der Vergangenheit nicht zimperlich mit Kritik an den USA – reagieren mit patriotischen Liedern auf den terroristischen Angriff. Die Stimmung dreht sich. Kritik am Präsidenten gilt plötzlich als Vaterlandsverrat. Das bekommen die Dixie Chicks zu spüren. „Wir sind beschämt, dass der Präsident der Vereinigten Staaten aus Texas stammt“, verkündet die texanische

Die Taliban taugen auch nicht so recht für Love-&Peace-Romantik

Band 2003 auf einem Konzert in London als Reaktion auf den Krieg in Afghanistan. Darauf hagelt es Proteste, Platten und CDs der Dixie Chicks werden öffentlich verbrannt, es gibt Morddrohungen. Der innertexanische Konflikt der Dixie Chicks gegen George W. Bush sorgt für mehr Aufregung als die Kriege der USA in Irak und Afghanistan. Dort sind die Fronten nicht so klar wie einst in Vietnam. Da galt die Faustregel: Sag mir, ob du für oder gegen diesen Krieg bist, und ich sag dir, welche Musik du hörst, welche Bücher du liest, welche Drogen du nimmst und welche Klamotten du trägst.

Heute ist die Kriegsfrage nicht mehr so eindeutig an Ideologien oder Lebensstile gekoppelt. Man findet Kriegsgegner auf der Rechten und Kriegsbeifürworter auf der Linken. Und dazwischen viele, die nur wissen, dass sie nichts wissen. Vietnam – das war David gegen Goliath. Irak und Afghanistan, das sind die asymmetrischen Kriege des 21. Jahrhunderts. Kein Stoff für heroische Antikriegs-

hymnen. Al Kaida und Taliban taugen nicht als Helden für Love-and-Peace-Romantik, Osama Bin Laden ist kein Che Guevara, Saddam Hussein kein Martin Luther King. Aber auch umgekehrt wird kein Stiefel draus: Weder George W. Bush noch Barack Obama ist es gelungen, der Nation die Idee zu verkaufen, dass es sich hier um einen gerechten Feldzug zur Verteidigung des American Way of Life handelt. Also gilt diesmal: Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner ist so richtig dagegen. Und keiner ist so richtig dafür.

Denn die Kriege in Afghanistan und Irak sind viel weiter weg vom Alltag als der Krieg in Vietnam. Die Zahl der amerikanischen Toten ist bedeutend geringer. Die täglichen Nachrichten schocken nicht mit grusligen Bildern von verstümmelten Soldaten. Politik und Militär haben die Bildkontrolle übernommen, Pannen wie die Folterbilder aus dem Gefängnis in Abu Ghuraib sind die Ausnahme. So bleiben amerikanische und europäische Opfer weitgehend unsichtbar, die Opfer auf der anderen Seite gelten vielen im Westen als Terroristen.

Nein, das sind keine Popkriege. Und die Protest-Rhetorik von Altvorderen wie Young und Springsteen erreicht eher die Generation Woodstock als die Generation Facebook.

Sollte also ausgerechnet Lady Gaga für den politisch bedeutendsten Pop-Moment der neuen Kriege verantwortlich sein? Lady Gaga? Der größte Popstar des Planeten hat sich mit einem spektakulären Auftritt in die Debatte eingeschaltet, ob Schwule und Lesben zur US Army gehen dürfen. Im September 2010 nahm sie eine siebeneinhalbminütige Videobotschaft auf, die bis heute millionenfach im Netz angeklickt wurde.

„Ich bin hier, um meiner Generation eine Stimme zu verleihen, und zwar nicht der Generation der Senatoren, die abstimmen werden, sondern der jungen Leute dieses Landes“, verkündet die Mittzwanzigerin mit dem Sendungsbewusstsein der meistgehörten Stimme ihrer Generation.

In Jackett und Krawatte kritisiert Lady Gaga vor dem Sternenbanner, dass die Praxis der US-Armee Schwule und Lesben diskriminiere und damit gegen jene Werte von Freiheit und Gleichheit verstoße, für die Amerika stehe. „Findet ihr nicht auch, dass wir lieber die heterosexuellen Soldaten heimschicken sollten, die Vorurteile hegen und schwule Soldaten hassen? Ich bin hier, weil ich ein Gesetz vorschlagen möchte, das die Homophoben und Voreingenommenen heimschickt.“

Die Frage nach den Rechten von Schwulen und Lesben beim Militär wird heftiger diskutiert als der Sinn der Kriege. Es geht um Körperpolitik, Identität, Zugang, Teilhabe, Sexualität. Solche Fragen taugen heute eher zu einem Kulturkampf als die Frage nach der Legitimität eines Krieges wie damals dem in Vietnam. ←

Klare Botschaft

Auch Staaten können protestieren. Manchmal sind diese Einsprüche erfolgreich, oft sind sie eher hilflos – ein kleiner diplomatischer Exkurs

Text: Wulf Schmiese

→ Wenn ein Staat wirklich sauer ist auf einen anderen Staat, dann kann er protestieren. Großbritannien hat kürzlich gezeigt, wie das geht: Es hat den libyschen Botschafter und seine Mitarbeiter einfach aus dem Land geworfen. Die britische Regierung hat Gaddafis Botschafter zur Persona non grata und auch jeden seiner Diplomaten zur unerwünschten Person erklärt. Es blieben ihnen dann nur noch ein paar Tage, um ihre Kisten zu packen und One-way-Tickets nach Tripolis zu buchen.

Keiner dieser Libyer hatte etwas Unerlaubtes getan. Aber die Regierung des Diktators Gaddafi, der sie diente, führte gegen die Aufständischen im eigenen Land Krieg. Dagegen hatte der britische Staat protestiert. Er wollte das Gaddafi-Regime und somit seine Gesandten nicht mehr akzeptieren. London erkannte stattdessen den Übergangsrat der Rebellen als rechtmäßigen Vertreter Libyens an. Durch derlei Aberkennung wie auch Anerkennung können Staaten ihren Protest ausdrücken.

Deutschland wollte nicht ganz so weit gehen. Es wies den libyschen Botschafter nicht aus, Außenminister Guido Westerwelle bestellte ihn in Berlin ins Auswärtige Amt ein. Er bekam dort von einem deutschen Diplomaten gleichen Ranges einen Brief überreicht, eine sogenannte Verbalnote, in der Deutschland seine Sorge über das Verhalten der Gaddafis ausdrückte. Auch der syrische Botschafter wurde ins Berliner Außenministerium zitiert und zwar mehrfach, weil sein Herrscher daheim die Demonstranten niederknüppeln ließ. Auch für ihn gab es Protestworte zur

Weiterleitung an seine Regierung. Und wie immer, wenn ein Land gegen irgendetwas protestiert, wurde das auch diesmal öffentlich verkündet. Das soll zeigen: Wir kümmern uns, wir machen Druck.

Doch wie dieser Druck aufgebaut wird, ist international nicht geregelt. Das viel zitierte Völkerrecht ist nämlich kein Gesetzbuch, sondern lediglich ein Überbegriff für alle einzelnen überstaatlichen Vereinbarungen – bis hin zur Charta der Vereinten Nationen. Darin gibt es den formalen Protest zwar als Mittel. Aber jeder Staat kann selbst entscheiden, ob und wie scharf oder milde er protestieren will. Es gibt keine allgemeingültige Eskalationsleiter, die ein Staat mit wachsender Empörung Stufe um Stufe hochklettern könnte. Traditionell beginnt der Protest jedoch auf der Ebene der Botschaften. Es gibt aber nicht einmal da Regeln, ob nun schriftlich oder mündlich protestiert wird. So kann es schon Protest sein, wenn der deutsche Botschafter in Minsk oder Moskau einen russischen Menschenrechtler empfängt.

Woher nehmen sich Staaten das Recht, überhaupt gegen andere zu protestieren? Sie dürfen das dem Völkerrecht nach, wenn sie die Menschenrechte oder den Frieden gefährdet sehen. Und Staaten können im-

mer protestieren, wenn sie sich direkt bedroht fühlen; wenn ihr Volk angegriffen oder die Grenze verletzt wurde. Als Truppen des Warschauer Pakts 1968 den sogenannten Prager Frühling niederwalzten, war die Protestnote die einzige, verzweifelte Gegenwehr: „Die Regierung der Tschechoslowakei protestiert auf das Entschiedenste gegen diesen Akt.“ Mehr konnte sie nicht tun. Über 20 Jahre später, im Wendejahr 1989, protestierte die Bundesrepublik Deutschland gegen die Tschechoslowakei. Tausende DDR-Bürger suchten Zuflucht in der bundesdeutschen Botschaft in Prag. Tschechische Polizisten versuchten sie aufzuhalten: „Deutsche Staatsangehörige am Betreten der Botschaft zu hindern ist für die Bundesregierung inakzeptabel“, hieß es in der Bonner Protestnote. Sie zeigte Wirkung: Außenminister Genscher konnte den Tausenden Botschaftsflüchtlingen später vom Botschaftsbalkon aus verkünden, „dass ihre Ausreise genehmigt ist“.

Als 1961 die Mauer gebaut wurde, hieß es in einer amerikanischen Protestnote an Moskau: „Die Regierung der Vereinigten Staaten protestiert feierlich gegen die Maßnahmen, für die sie die sowjetische Regierung verantwortlich macht. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, dass die sow-



Manchmal sind Gespräche unter Diplomaten so heikel, dass selbst der Kellner besorgt schaut

jetische Regierung diesen illegalen Maßnahmen ein Ende setzt.“ Schwächer hätte ein Protest nicht klingen können, während ein Teil eines Volkes eingemauert wurde. Die USA hatten tatsächlich nur pro forma protestiert. Sie zogen es vor, den Frieden mit der Sowjetunion zu wahren.

Als wie stark ein Protest empfunden wird, hängt immer von den Beziehungen zwischen den jeweiligen Ländern ab. So hat der König von Saudi-Arabien kürzlich im arabischen Fernsehen gesagt: „Was in Syrien stattfindet, ist inakzeptabel.“ Er rief seine Nachbarregierung dazu auf, „die Todesmaschinerie zu stoppen und das Blutvergießen zu beenden“. Ähnliches hatten europäische Politiker längst gesagt, doch wenn der mächtigste Monarch Arabiens zu den direkten Nachbarn so spricht, gilt sein Protest als viel schärfer.

Das heftigste Protestmittel ist der Krieg

Um mit dem Protest hinterher nicht allein in der Pflicht zu stehen, starken Worten auch Taten folgen zu lassen, protestieren Staaten gern gemeinsam. Das nennt man dann Protest auf multilateraler Ebene. Auf Gipfeltreffen zu ganz anderen Themen geben Staaten zuweilen eine gemeinsame Erklärung ab gegen Vorgänge in einem anderen Land, die ihnen nicht passen. So hat die Arabische Liga Libyen und Syrien ermahnt. Die EU hat das auf ihren letzten Gipfeltreffen auch getan.

Selbst auf Wirtschaftsgipfeln wird protestiert, etwa gegen die Weigerung Irans, Atominspektoren ins Land zu lassen. Dann wird sogar gedroht: Wenn ihr unseren Protest nicht ernst nehmt, werden wir Sanktionen aussprechen und mit euch nicht mehr handeln! Im Rahmen der Vereinten Nationen, etwa im Menschenrechtsrat, kann Protest zur Sprache gebracht werden in Statements und eigens einberufenen Sitzungen. Sind sich alle einig in ihrem Protest, kann auch eine Resolution der UN-Generalversammlung verabschiedet werden. Zeigt auch dieser Protest im Namen der ganzen Welt keine Wirkung gegen ein Land, dann kann das heftigste staatliche Protestmittel die Folge sein: Krieg. ←

Protest, der es nicht ins Heft geschafft hat



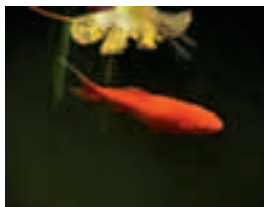
Spektakuläre Bilder

Man kennt das ja aus dem Fernsehen. Da gehen Polizisten bei einer Aktion der Polizeigewerkschaft in Uniform baden, um zu symbolisieren, dass ihnen das Wasser bis zum Hals steht. Umweltschützer lassen gigantische Eisblöcke vor dem Brandenburger Tor schmelzen, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen. Und Tierrechtsaktivisten schmieren sich größtenteils nackt mit Kunstblut ein und lassen sich dann in überdimensionierten Fleischverpackungen in der Fußgängerzone ausstellen. Professionell Protestierende versuchen möglichst spektakuläre Bilder für Fotografen und Kameraleute zu inszenieren, die Aktion vor Ort ist im Grunde nicht mehr für Passanten, sondern nur noch für Journalisten gemacht. Das Blöde ist nur, dass ein Heft mit 50 Seiten schnell gefüllt ist. Für unsere Fotostrecke zu diesem Thema gab es am Ende einfach keinen Platz.



Die andere Seite

Mit der Polizei ist das ja so eine Sache, wenn man als Journalist ein Anliegen hat. Oft hat man das Gefühl, dass es wesentlich leichter ist, mit Mördern und anderen Verbrechern ein Interview zu arrangieren. Wir wollten eigentlich nur zeigen, dass Polizisten einen ganz schön harten Job machen, wenn sie ständig irgendwelche Demonstrationen absichern müssen (und dabei womöglich auch noch angepöbelt werden). Wir hatten die Idee, einen Fotografen mitzuschicken, der sie einen Tag lang begleitet, aber die Pressestelle fand das gar nicht gut. Zu unsicher, hieß es. Zu viel Aufwand, zu viel Risiko. Und auch an einem Demonstrationstraining der Polizei wollte man uns nicht teilnehmen lassen.



Enten-Demo, Fische-Aufstand

Noch eine kuschelige Tiergeschichte im Heft zu haben wäre ja schön gewesen. Und so haben wir uns den Kopf darüber zermartert, wie man noch ein paar possierliche Tiere ins Blatt bekommt: Ein Autor erinnerte uns an den Protest der Boulevardpresse gegen den Umzug der Berliner Reiterstaffel der Polizei nach Brandenburg - oder den von Kampfhundbesitzern, die ihren Hunden wegen eines drohenden Zuchtverbots Davidsterne anstecken wollten - wie im Dritten Reich den Juden. Geschmackloser geht's nicht. Dann schon eher was über Demonstrationen gegen Massentierhaltung oder Tierversuche. Aber, wie gesagt, wir wollten ja eher was Possierliches. Eine Ameisendemo gegen die Mountainbiker im Wald. Ein Goldfischaufstand für mehr Platz im Glas. Eine Hausbesetzung durch heimatlose Hunde. Ein Katzenhungerstreik für mehr Futter. Ja, ja, wir hören ja schon auf.

Hoi Polloi

zum Thema



Vorschau

Bis zum nächsten fluter

Viele Proteste kommen zustande, weil der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer größer wird. Banken stürzen die Welt mit Spekulationen in heftige Krisen, während die Manager gleichzeitig Millionengehälter bekommen. Oder warum ist es erlaubt, auf steigende Lebensmittelpreise zu wetten? Und wer hat überhaupt bestimmt, dass irgendwelche Papierfetzen einen Wert haben? Ihr merkt schon: Das Thema Geld ist reich an Geschichten. Deswegen dreht sich auch der nächste fluter darum.

Impressum

fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung
Ausgabe 40, Herbst 2011
Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel. 0228/99515-0

Redaktion
Thorsten Schilling (verantwortlich/Bundeszentrale für politische Bildung/schilling@bpb.de),
Fabian Dietrich (CVD),
Oliver Gehrs (redaktionelle Koordination)

Bildredaktion
Felix Brüggemann

Artredaktion
Jan Späding

Mitarbeit
Marc Fischer, Andreas Förster, Julia Gerlach, Ole Häntzschel, Hadija Haruna, Bernd Kramer, Sarah Lotz, Jindrich Novotny, Andreas Pankratz, Axel Pfaender, Wulf Schmiege, Klaus Walter, Felix Wemheuer

Dokumentation
Kathrin Lilienthal

Schlussredaktion
Sven Barske

Lithografie
Meike Jäger

Redaktionsanschrift/Leserbriefe
fluter - Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, DUMMY-Verlag, Torstraße 109, 10119 Berlin,
Tel. 030/300230-233, Fax -231, post@fluter.de

Redaktionelle Umsetzung
DUMMY Verlag GmbH
Torstraße 109, 10119 Berlin
ISSN 1611-1567
Bundeszentrale für politische Bildung
info@bpb.de
www.bpb.de

Abonnement & Leserservice
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Zeitschriftenvertrieb „fluter“
Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main
Tel. 069/7501-4827, Fax -4502
fluter@fs-medien.de

Vertriebsleitung
Klaus Hofmann
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main
Tel. 069/7501-4827, Fax -4502
zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de

Kostenloses Abo bestellen, verlängern oder abbestellen
www.fluter.de/abo
abo@heft.fluter.de

Nachbestellungen
IBRO
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax 038204/66-273, bpb@ibro.de
Nachbestellungen von fluter werden von 1 kg bis 15 kg mit 4,60 Euro kostenpflichtig.

Druck
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf
Tel. 06105/983-5601, Fax -585601
akzidenz@wvd-online.de

Bildnachweise
Titel: Hollandse Hoogte/laif, S. 3 afp/Getty Images; S. 4 o. drivenbyboredom.com, m. Myriam Abdelaziz/Panos Pictures, u. Axel Pfaender; S. 5 Navia/VU/laif; S. 6 PR; S. 7 Vincent Nguyen/Riva Press/laif; S. 8-9 Tom Pilston/Panos Pictures; S. 10 Gerasimos Koilkos/Invision/laif; S. 11 AP Photo/Armando Franca; S. 13 Human Empire; S. 14 Jindrich Novotny; S. 15-21 Daniel Traub; S. 23 ddp Images/dapd/Thomas Lohnes; S. 24 Jindrich Novotny; S. 25 o. Sean Sexton Collection/CORBIS, m. Ad Busters, u. picture alliance/dpa; S. 26-27 Ole Häntzschel; S. 28-29 Tobias Kruse für ZEITmagazin, 30-31 Myriam Abdelaziz/Panos Pictures; S. 32 Jindrich Novotny; S. 33 Jannis Keil; S. 35 Axel Pfaender; S. 36 Jindrich Novotny; S. 37 drivenbyboredom.com; S. 38 o. Screenshot BBC, u. picture-alliance/Mary Evans Pi; S. 39 drivenbyboredom.com; S. 40 o. Wire/Getty Images, u. PR; S. 43 Karsten Schoene/laif; S. 44 o. Jindrich Novotny, u. AP Photo/Patrick Gherdoussi; S. 45 Neal Preston/CORBIS; S. 46 Cliff Kucine/Getty Images S. 47 von o. nach u.: National Archive/NewsMakers/Getty Images, picture-alliance/dpa, Dirk Hasskarl, Franklin Hollander; S. 48 Christian Lutz/VU/laif; S. 49 o. picture alliance/landov, m. picture-alliance/dpa, u. Martina Rathgens

Papier
Dieses Magazin wurde auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Die letzte Seite im Heft ist die erste im Netz.



Schreibtisch von Manuel Pfalz